

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1926

24.3.1926 (No. 123)

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung
Industrie- und Handelszeitung
Begr. 1803 und der Wochenschrift „Die Pyramide“ Begr. 1803

Hauptredaktion: Dr. H. Müller, Berlin-Steiglitz, Sedanstraße 17.
Telefon Amt Steiglitz 1119. Für unregelmäßige Abnahme übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Erscheinungsort: Karlsruhe, Alterstraße 1. Fernsprechanlagen: Nr. 15, 19, 20, 21, 297, 1923. Postfachnummer Karlsruhe Nr. 9547.

Auffsehenerregende Erklärungen Chamberlains

Der englische Außenminister macht der deutschen Regierung den Vorwurf der Unvorsichtigkeit.

Die Genf-Debatte im englischen Parlament

London, 23. März.

Die Tribünen waren dicht besetzt. Von den Diplomaten waren anwesend außer Graf Bernstorff von der deutschen Botschaft der portugiesische Botschafter und die Gesandten Österreichs und der Tschechoslowakei. Chamberlain wurde beim Betreten des Hauses von den Regierungsanhängern laut begrüßt.

Lord George leitete die Debatte ein und erklärte: Zweierlei werde kritisiert: erstens, daß die Locarno-Mächte für den Festschlag in Genf verantwortlich seien, und zweitens, daß es ein Festschlag sei, der das Werk des Friedens in einem solchen Maße schädige, daß sich viele von Chamberlains Freunden über die Wirkung verweigert seien. Der Bericht über die getriggerte Debatte im amerikanischen Senat (den wir an anderer Stelle veröffentlichten) sei sehr uninteressant.

Es könne jetzt kein Zweifel darüber bestehen, daß die jüngsten Ereignisse die Vereinigten Staaten in einem Maße abstoßen und absehrächt haben wie selten einmal seit langer Zeit.

Daß Schweden den richtigen Weg eingeschlagen habe, habe zweifellos auch die öffentliche Meinung Großbritanniens begrüßt. Unden sei als eigenwillig und unpopulärer Probestrich behandelt worden, obwohl er mehr eitel habe als jeder andere, um den Völkerverbund durch sein Eingreifen und durch sein Opfer zu retten.

Außenminister Chamberlain

Der nach Lord George das Wort ergriff, warf er dem unter dem Beifall der Regierungspartei vor, daß er schon vor Chamberlains Ankunft in Genf an die amerikanische Presse seine Verurteilung der Tätigkeit Chamberlains und seinen Argwohn gegen die Ehrenhaftigkeit Chamberlains telegraphisch habe. Chamberlain antwortete in dem von neuem kategorisch, daß bei seiner Unterredung mit Briand bei seiner Rückkehr aus Italien irgend eine Verpflichtung zwischen Briand und ihm bezüglich der polnischen Ansprüche oder in irgend einer anderen Richtung eingegangen wurde. Er habe weder Briand ermahnt noch ermutigt, einem polnischen Anspruch Nachdruck zu verleihen.

Chamberlain erklärte weiter, sich mit dem Kommando der Neutralität gegenüber Deutschland befassend, es sei seltsam, daß dieser Vorwurf von einem Gesandten erhoben wurde und von Deutschland nicht erhoben worden sei.

(Beifall auf der Regierungsbank.) Zu der Stimmung in Amerika habe Lord George seinen Anteil durch seine Artikel beigetragen. Chamberlain fuhr fort: Kein Land hat, bevor ich in Genf verließ, mich mit Ausnahme von Brasilien und Deutschland davon gewußt, daß die Brasilianer allein von allen Mächten auf die deutsche Anfrage vom September 1924 eine Antwort erteilt hätten, worin sie es ablehnten, sich zu verpflichten. Deutschlands Wahl für einen ständigen Sitz im Völkerbund war das erste, was ich im Voraus zu unterfragen, und in der Brasilianer erklärte, dies sei eine Frage, die der Völkerbund selbst erörtern müsse. Demgegenüber ist von zukünftiger deutscher Seite immer — auch in Genf noch — erklärt worden, Brasilien habe sich feinerzeit wie alle anderen Mächte verpflichtet, für einen deutschen Ratssitz zu stimmen. — (Red.)

Chamberlain fragte, ob nicht diese Antwort Deutschland hätte veranlassen müssen, auf der Hut zu sein.

Chamberlain sagte weiter: Die Instruktionen, mit denen er nach Genf gegangen sei, gründeten sich auf den folgenden Prinzipien:

- 1. daß keine Aenderung im Völkerbundsstatut vorgenommen werden solle, die die Wirkung haben würde, den Eintritt Deutschlands zu verhindern oder zu verzögern;
- 2. daß es das Beste sein würde, wenn Deutschland als Mitglied des Völkerbunds die volle Verantwortlichkeit für irgendwelche weitere Veränderungen im Rat außer seiner eigenen Zustimmung übernehme.
- 3. daß die Regel, wonach nur Großmächte ständige Mitglieder sein sollten, im Prinzip aufrechterhalten werden sollte;

- 4. daß Spanien in einer Sonderstellung sei, und eine Ausnahmestellung beanspruchen könnte;
- 5. daß weder Polen noch Brasilien gegenwärtig ständige Sitze haben sollten, daß aber Polen sobald als möglich ein nichtständiger Sitz gegeben werden solle.

Als er Genf erreicht habe, sei er sofort dazu übergegangen, entsprechend zu handeln. Chamberlain führte dann weiter aus:

Kein Druck irgendwelcher Art sei auf Schweden ausgeübt worden (?).

damit es so handle, wie es gehandelt hat. Die privaten Besprechungen und das Verfahren in Genf im allgemeinen seien die einzigen Methoden gewesen, bei der die Würde und die Gefühle Deutschlands in angemessener Weise berücksichtigt werden konnten. Die Öffentlichkeit der Erörterung während der ganzen Konferenz hätte Deutschland in eine unmögliche Stellung gebracht.

Im weiteren Verlauf seiner Rede brachte Chamberlain zum Ausdruck, daß er zurücktreten würde, wenn die heutige Abstimmung ablehnend ausfallen würde.

Chamberlain sprach etwas über eine Stunde. Nach ihm ergriff MacDonald das Wort.

Amerikanische Senatsdebatte über die Genfer Vorgänge.

Scharfe Anklage der Senatoren Vorah gegen die französische und englische Diplomatie.

Washington, 23. März.

Der amerikanische Senat beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Bericht des amerikanischen Botschafters in London Dough-ton, der in der Weltöffentlichkeit so ungeheures Aufsehen erregt hat. Den Höhepunkt der Senatsdebatte bildete eine Rede des bekannten Senators Vorah.

Vorah wies darauf hin, daß der Bericht Dough-ton mit aller Deutlichkeit zeige, daß Amerika sich grundsätzlich von allen europäischen Angelegenheiten fern halten müsse. Er selber hätte es gewünscht, daß der Geist von Locarno noch weiter fortbestehe, aber die Tatsachen hätten ihn eines anderen belehrt.

Amerika müsse sich mit den Vorkäufen in Genf beschäftigen.

da der Präsident Coolidge jetzt die Entscheidung über die Abrüstungsverhandlungen zu treffen habe. Die Abrüstungskonferenz müsse auf unbestimmte Zeit verschoben werden, wenn Deutschland nicht in den Völkerbund ein-trete. Es gebe keine Abrüstung, wenn Europa es vorziehe, das alte System der „Balance of Power“ aufrecht zu erhalten.

Senator Vorah beschäftigte sich dann sehr eingehend mit den Vorgängen in Genf. Er wies darauf hin, daß ein Teil der Vorgänge noch nicht enthüllt worden sei, aber es sei bereits genug bekannt, um die Meinung zu rechtfertigen, daß die öffentlichen Abmachungen in Locarno durch ein Geheimabkommen ersetzt worden seien.

Wir wissen, sagte Vorah, daß das von den Polen gebrachte öffentliche Opfer durch ein Geheimabkommen zwischen Chamberlain, Briand und Graf Strzamski bezahlt worden ist. Dieses Abkommen geht dahin, Polen zu einer Großmacht zu erheben, indem es gleichzeitig mit Deutschland einen ständigen Sitz erhält. Alles dies hat sich im Geheimen ereignet, während die ganze Welt über den in Locarno abgeschlossenen Pakt jubilierte. Dann ist der Tag der Abrechnung gekommen. Die Intervention Spaniens und Brasiliens in Genf sind Nebenaktionen gewesen, teilweise Abrüstungs-maßnahmen und teilweise Versuche, im Trüben zu fischen. Es kommt jetzt darauf an, wie Austin Chamberlain sein Polen gegebenes Versprechen einlösen wird, ohne den Völkerbund dabei zu zertrümmern.

Das Geheimabkommen von Locarno ist ein Betrug und für die britische und französische Diplomatie sehr entwürdigend.

Die Deutschen wären völlig un-be-greiflich, wenn sie ihr Einverständnis hierzu geben.

Wichtigste erklärte Senator Vorah: Ich sehe keine Möglichkeiten für eine europäische Abrüstung.

Der Abstimmungssieg der Regierung Luther-Strefemann.

(Eigener Dienst des „Karlsruher Tagblattes“.)

Dr. R. J. Berlin, 23. März.

Der Auftakt der heutigen Reichstags-sitzung war wieder wenig verheißungsvoll. Der Abgeordnete Graf Reventlow, der die Rednerreihe des zweiten Tages eröffnete, vermaßte das Interesse des Hauses ebensowenig zu wecken wie der Sozialdemokrat Breitfeld. Etwas lebendiger war es zunächst nur während folgender kurzer Episode: Während der Rede des völkischen Abgeordneten war die Regierungstrabe leer. Der völkische Abgeordnete von Graefe beantragte, die Sitzung auszusetzen, bis die Mitglieder der Reichsregierung anwesend wären. Der Antrag wurde abgelehnt und vom Präsidenten Koebbe mit der treffenden Bemerkung illustriert, daß, falls das Fernbleiben der Regierung während der Ausführungen des Abgeordneten Graf Reventlow mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung auf das ungebührliche Verhalten völkischer Abgeordneter gegenüber Mitgliedern der Regierung zurückzuführen sei.

Nach Breitfelds Rede erreichte die Debatte ihren einzigen Höhepunkt in einem kurzen Rededuell Luthers mit Luther, das vor vollem Hause und unter gespanntester Aufmerksamkeit aller Parteien vor sich ging. Der Einbruch, den der objektive Beobachter von diesem Zweikampf davontragen mußte, war der des schmerzlichen Bedauerns, daß zwei Männer und zwei politische Anschauungen, die beide, wie ihre von Verstandesstärke und Leidenschaft getragenen Ausführungen bewiesen, viel in der Liebe zum gemeinsamen Vaterland wurzeln, keine Möglichkeit sehen, in einer Zeit so harter politischer Spannung an einem Stränge zu ziehen.

Der letzte Teil der Debatte verlief ohne Zwischenfall und Aufregung. Die Abstimmungen ergaben, daß die Sozialdemokraten in allen Phasen die Regierungskoalition unterstützten, so daß eine starke Mehrheit für Luther-Strefemann gesichert war. Die Zukunft wird lehren, welche unvermeidliche Folgerungen die Sozialdemokratie aus der Tatsache zu ziehen gedenkt, daß sie die Regierung Luther gerettet hat. (Den Sitzungsbericht veröffentlichten wir an anderer Stelle. — Red.)

Die amerikanische Presse zur Rede Strefemanns

Neuport, 22. März.

Bei Besprechung der Reichstagsrede Strefemanns legen die Neuporter Zeitungen das Schwergewicht auf die Worte des Außenministers, nach denen durch den Zusammenbruch in Genf der Völkerbund gelitten habe und nach denen die Völkerbundsmitglieder keine Ordnung unter sich hätten schaffen können. Da die meisten führenden Zeitungen während der Genfer Tagung hervorhoben, daß Deutschland mit dem Pute in der Hand gewartet habe und ge-demütigt worden sei, so versteht man heute in weite-ten amerikanischen Kreisen den deutschnationalen Antrag und stimmt den Worten Strefemanns über Deutschlands Niederlage und Demütigung zu.

Pariser Pressstimmen zum Abstimmungssieg der Reichsregierung.

(Eigener Dienst des „Karlsruher Tagblattes“.)

S. Paris, 23. März.

Die heutigen Abendblätter befassen sich ausführlich mit dem Vertrauensvotum des Reichstages für die deutsche Regierung. Die Haltung der Zeitungen bleibt immer die gleiche. Die gemäßigten und die Organe der Linken erblicken in dem Votum des Reichstages einen wesentlichen Fortschritt zur Verwirklichung der Völkerbundsrepublik, während die Organe der Rechten, so z. B. die „Liberté“ und das „Journal des Débats“ starke Zurückhaltung üben. Der „Temps“ schreibt zum fundierten Male, die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund dürfe Frankreich keinesfalls die nötigen Garantien rauben, die ihm sein Sieg und Versailles böten.

Die Arbeiten des Völkerbundsrates.

Mitglied und Aussch. (Von unserem ständigen Vertreter in Genf.)

Dr. E. S. Genf, 22. März.

Erdrückt unter der Wucht der Ereignisse, die sich in diesen Wochen als Begleitung zur außerordentlichen Völkerbundsversammlung abgespielt haben, wurde die sonst so aufmerksam verfolgte Tätigkeit des Rates des Völkerbunds von der Presse in manchen mageren Zeilen abgetan. Die Geschäfte, welche die Mitglieder des Rates in den wenigen offiziellen Sitzungen während der Versammlungsdauer erledigten, bekräften ja auch in der Tat Fragen von nur untergeordneter Bedeutung, dagegen mag es sich wohl lohnen, einige Worte zu verlieren über die Notwendigkeit in den drei unmittelbar nach Schluß der Versammlung abgehaltenen Sitzungen, waren doch im Hinblick auf die letzten Beratungen einige Verhandlungssachen zurückgestellt worden, die nicht zum wenigsten in Deutschland einiges Interesse finden dürften; bis zuletzt hatte man ja angenommen, daß das Reich selbst an diesen letzten Sitzungen des Rates teilnehmen werde.

Es sind vor allem vier Fragen, deren eine im besonderen das Saargebiet betrifft, die drei anderen sind von allgemeinem Interesse und behandeln den vorbereitenden Abrüstungsausschuss, die Kommission zur Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz und den von Deutschland vorgeschlagenen Studienausschuss zur Prüfung der Reorganisation des Völkerbundsrates.

Was die Saarfrage anbetrifft, so hat man mit Befriedigung vernommen, daß endlich der — wenn auch nur recht zögernd — Rückzug der französischen Truppen von der Saar nicht nur auf dem Papier, sondern auch in Wirklichkeit vorgenommen werden soll. Bis Ende Mai ist von Frankreich der Abrüstung des dort stationierten Jägerbataillons angedroht, während die noch verbleibenden Truppen sein Infanterie- und ein Kavallerieregiment hauptsächlich ebenfalls möglichst bald zurückgezogen werden sollen. Wie man hört, rechnet man damit, daß bis zum Herbst alle französischen Truppen aus dem Territorium verschwunden sein werden. Als Verbindlichkeit dagegen bleibt, daß das Saargebiet weiterhin als Durchzugsstation der französischen Truppen im Rheinlande zur Verfügung stehen muß; es soll nun ein Ausschuss einberufen werden, der zu prüfen hat, wie Frankreich die Sicherheit des Durchzuges garantieren kann. Außerdem behält die Saargebietung das Recht, außerhalb des Gebietes stehende französische Truppen jederzeit zur Aufrechterhaltung der Ruhe herbeizuziehen; eine Maßnahme, die, wenn sie je ergriffen werden sollte, wahrscheinlich eher das Gegenteil erreichen dürfte. Auch in der Saargebietung ist durch den mehr oder weniger freiwilligen Rücktritt des im Lande befehligenden Präsidenten Kault eine kleine, aber doch nicht ganz unwesentliche Aenderung eingetreten, indem weder der neuere französische Morize noch der Dienstälteste, der Belgier Lambert, sondern der Kanadier Siebenus vom Völkerbundsrate zum Vorsitzenden der Regierung gewählt wurde. Wie man weiß, hat man im Saargebiet zum neuen Regierungspräsidenten volles Vertrauen; man sagt, er habe sich in den Jahren seit seinem Eintritt in die Regierung dem Lande gegenüber als ein rechtschender und wohlwollender Mann bewährt.

Die vorbereitende Kommission für die allgemeine Abrüstungskonferenz wäre also nun von neuem, zum wievielten Male wissen wir nicht, zu ihrer ersten Tagung einberufen, und zwar ist jetzt der 18. Mai dazu anberufen. Nicht genannt wurde aber der Ort, an dem der Ausschuss seine Sitzungen abzuhalten hat. Bekanntlich war früher Genf vorgezogen, wozu das ebenfalls einladende Sowjetrußland, wie bekannt, nicht gehen will. Der Völkerbundsrat dürfte also wohl mit Rücksicht die Frage des Verhandlungsortes einmütig noch offen gelassen haben, es seinem Präsidenten überlassend, die Entscheidung so zu treffen, wie er es zur gegebenen Zeit für zweckmäßig hält. Bemerkenswert ist auch noch, daß neben den bereits früher einladenden Ländern nun auch noch Argentinien und Chile neu eingeladen werden sollen.

Die heutige Ausgabe unseres Blattes umfaßt 16 Seiten.

Der Ausschuss zur Vorbereitung der internationalen Wirtschaftskonferenz wurde schon für den 26. April nach Genf einberufen. Zu bemerken ist vor allem, daß dem nun auf 35 Mitglieder angewachsenen Ausschuss auch drei Deutsche angehören sollen, nämlich der deutsche Industrieminister, Trendelenburg, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium und Eggert, Präsident des allgemeinen Gewerkschaftsbundes. Im übrigen ist bemerkenswert, daß über die frühere Liste hinaus nun auch zwei Russen eingeladen werden, dann drei Südamerikaner und ein Indier. Schwierigkeiten machen dagegen noch immer die Nordamerikaner; man ist auch weiter auf der Suche nach einem geeigneten und zuständigen Vertreter; zwei Wirtschaftsexperten, die man anging, haben bereits abgelehnt. Es scheint also, daß man in den U.S.A. diesem Ausschuss und damit der ganzen Weltwirtschaftskonferenz nur geringe Bedeutung beimißt.

Endlich der von den deutschen Vertretern in Genf vorgeschlagenen und nun vom Rat beschlossene Ausschuss zum Studium der Frage der Zusammenfassung und der Wahlmethode des Völkerbundesrates. Wie dringlich die ganze Frage für den Völkerbund ist, darüber wird man wohl nach den Erfahrungen der letzten Tage keine Erörterungen mehr anzustellen brauchen. Deutschland hat ja zudem auch in London und Paris Garantien gegen eine Wiederholung der letzten Genfer Ereignisse gefordert. Um dem Ausschuss eine möglichst unparteiische Zusammenfassung zu geben, soll er neben Vertretern der Länder, die dem Rat angehören, auch solche Deutschlands, Argentiniens, Chinas, Polens und der Schweiz umfassen. Bei dieser Auswahl war neben einer gewissen Berücksichtigung der geographischen Lage vor allem auch die Einstellung der einzelnen Länder zu dem ganzen Ratssystem entscheidend. Dieser Ausschuss, der sich am 10. Mai zusammenzusetzen soll, soll nun alle bis jetzt geäußerten Wünsche in Bezug auf die im Völkerbundsrat prüfen und auch die Staaten einladen, ihm ihre Meinung in der Frage mitzuteilen zu lassen; ebenso sollen alle Vorschläge, die bis jetzt von Versammlung und Rat des Völkerbundes in dieser Materie gefaßt worden sind, einer eingehenden Prüfung unterzogen werden. Da man jetzt voransieht, daß der Ausschuss kaum zu einem einheitlichen Bericht in der umstrittenen Frage kommen wird, sind bereits jetzt verschiedene Berichte in Aussicht genommen; jedenfalls soll nicht nur der Rat, sondern auch jedes einzelne Völkerbundsmitglied von den Berichten des Ausschusses sofort unterrichtet werden. Man nimmt an, daß sich der Rat des Völkerbundes schon in seiner Juni-Sitzung wiederum eingehend mit der Sitzfrage zu befassen haben wird.

Was aber bei all diesen verschiedenen Einzelfragen am meisten auffällt, sofern man sie im Zusammenhang betrachtet, das ist, wie der Rat überall peinlich darnach getrachtet hat, den deutschen Standpunkt mit zu berücksichtigen. Jetzt auf einmal ist es möglich, aus dem Saargebiet die französischen Truppen zurückzuführen; für all die Ausschüsse des Völkerbundes werden deutsche Vertreter in Aussicht genommen, selbst für solche Ausschüsse, in denen sonst ausschließlich Mitglieder des Völkerbundes sitzen. In den letzten beiden Sitzungen des Rates war dieses Verhalten so deutlich, daß auf den Journalistenplätzen in Anlehnung an das Briandische Wort von der moralischen Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund bereits von dem moralischen deutschen Völkerbundsmitglied gewißelt wurde.

In der Tat, die Absicht war doch etwas gar zu deutlich.

Der „Geist von Locarno“.

DZ. Koblenz, 23. März. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat die Druckfrist „Kampf und Freiheit“ übergeben vom erwachenden Groß-Deutschland“, herausgegeben von der Buchhandlung Paul Trendt in Enzsdorf (Oberpfalz) für das besetzte Gebiet verboten.

Karlsruher Kunstleben.

Badischer Kunstverein.

1. Ausstellung: „Die Blume im Bild“.
Innerhalb der übrigen Kollektivausstellungen ist vom Verein badischer Malerinnen eine bemerkenswerte, ja bedeutungsvolle Schau auf einem engerbegrenzten Gebiet der Malerei veranstaltet worden. Der große Oberbegriff des Kunstvereins ist in des Wortes tiefer Bedeutung gefüllt mit einem Ueberblick über die Blumenmalerei, wie sie in einem Zeitraum von etwa 50 Jahren durch Damen gepflegt worden ist und wird. Veranlassung zu dieser Spezialausstellung war wohl die Rücksicht auf die in nächster Zeit bevorstehende Tagung von Frauenorganisationen zu Karlsruhe.

Das „Stilleben“, auch das Blumenbild, ist eine von ältesten Zeiten her gepflegte Seite künstlerischer Betätigung. Das Blumenstilleben insbesondere hat sich namentlich seit der Blütezeit der niederländischen Malerei als eine Domäne des Malerischen in der Malerei ausgebildet, so daß sogar diese anscheinend nur auf Naturbeobachtung, Farbengeheimnis und technische Vollendung gegründete Malerei zu einer Art melanancholischer Bekenntnisform innerhalb der bildenden Kunst geworden ist.

Diese Bedeutung ist der Blumenmalerei auch auf dem von den Damen besonders eifrig und erfolgreich gepflegten Gebiete geblieben, die derzeitige Ausstellung der „Blume im Bild“ gibt einen ausgiebig beleuchteten und auch rein als Angenehme hoherfreudlichen Einblick in die Neuförderungsformen des Blumenstilllebens, wie es in Karlsruhe gepflegt wurde. Mit ganz wenig Ausstellungen ist ein nahezu vollständiger Einblick in die seit 50 Jahren üblichen Malweisen der Frauen gegeben worden. Die Norditalien heranswachsende hochwertige Malerei von Maria Formuth-Kallmorgen, Helene Stromeyer, Cella Thoma, Sofie Lew und Nest Borgmann. Man könnte zusammenfassend diese von den zartesten bis zu den monumentalstarken Wirkungen gehenden Malereien als Bildkompositionen in Farben und Tönen be-

Die Genf-Debatte im Reichstag.

Berlin, 23. März.

Das Haus ist sehr schwach besetzt. Die Regierungstische sind zu Beginn der Sitzung leer. Präsident Voegelé eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten und kündigt eine Abend Sitzung an, wenn die Tagesordnung bis 7 Uhr nicht erledigt ist.

Eingegangen ist ein natürlich nicht ernst gemeintes Vertrauensvotum der Völkischen, das folgenden Wortlaut hat:

„Ehe der Reichstag über alle anderen Anträge, die die Haltung der Reichsregierung, des Reichszustlers oder des Reichsministers des Äußeren betreffen, zur Tagesordnung übergeht, spricht er der Regierung, insbesondere dem Reichszustler und dem Reichsminister des Äußeren das Vertrauen aus.“

Die deutsche nationale Reichstagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen, der Reichszustler und der Reichsaußenminister heißen nicht das Vertrauen des Reichstages.“

Die große politische Aussprache wird fortgesetzt:

Abg. Graf Reventlow (Völk.) bepricht die Voraänge in Genf und fordert Zurückziehung des Aufnahmevertrages für den Völkerbund. Der Redner empfiehlt eine Verständigung mit Aufschub und schließt: Für die Regierung gelte das angewandte Wort Goethes: „Nimmer sich beugen, betriebam sich zeigen, führe die Arme der Mehrheit herbei.“

Da die Regierungsbänke immer noch völlig leer sind, beantragt

Abg. von Graefe (Völk.) die Sitzung auszusetzen, bis „die derzeitige Regierung“ anwesend sei. (Heiterkeit.) Die Regierung sei wohl gewohnt zu antworten, aber das Haus müsse verlangen, daß auch die Diskussionsredner angehört werden. (Beifall rechts.)

Der Antrag wird gegen die Völkischen, die Deutschnationalen und Kommunisten abgelehnt.

Abg. Breitscheid (Soz.) erklärt:

Die Sozialdemokraten könnten die ichtig Außenpolitik im wesentlichen billigen,

wenn sie der Regierung auch in vielen anderen Fragen in scharfer Opposition gegenüberstünden. Der Völkerbund sei kein Ideal, sondern nur eine Brücke, um über die Gefahren der nächsten Zeit hinwegzukommen.

Der Präsident teilt mit, daß die Regierungsparteien beantragen, über das völlige Vertrauensvotum zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. von Tirpitz (Dnt.)

wirft die Frage auf, ob die Politik des derzeitigen Reichskabinetts trotz des Genfer Zusammenbruchs in der beabsichtigten Form fortgesetzt werden dürfe. In der Antwort hierauf liege eine Entscheidung für die Zukunft des gesamten Deutschlands überaus. Deshalb müsse die dringende Bitte an alle Parteien gerichtet werden.

einmal den inneren Parteipunkt zurückzustellen und nur das große Gesamtinteresse Deutschlands gelten zu lassen.

damit jeder einzelne Abgeordnete nach seiner subjektiven Auffassung stimme. Die in Locarno und Genf angewandte Methode hätte nicht nur zu keinem Ergebnis geführt. Sie sei für Deutschland verhängnisvoll gewesen.

Man möge die Dinge wenden wie man wolle, es bleibe eine Niederlage unserer politischen Methode. Unsere Unterhändler hätten leider in Locarno unterlassen, was grundsätzlich die unveränderte Zusammenfassung des Völkerbunds bei unserer Eintritt zu sichern zu lassen. Vor dem letzten Sieg Frankreichs über uns habe uns nur der letzte Vorstoß Brasiliens bewahrt.

über. Es würde hier zu weit führen, sich darüber auszusprechen. Wir weisen deshalb noch auf die zwischen den Türen liegende Schwand mit Verken von L. Billing-Majendie, M. Kroy, G. Maier-Kaufmann, W. Welte, M. Waag, v. Pariesal, Eug. Schild, G. Schuberger, G. Staab und G. C. J. Ingraßen hin, die alle sich in die oben angeordneten Malweisen eingelassen lassen. Wir unterlassen nicht hervorzuheben, daß zwar alle Zeichnungen in der Blumenmalerei vertreten sind, daß aber einige Künstlerinnen vielleicht glaubten, sich auszeichnen zu müssen.

J. A. B.

Kunsthaus Gerber und Schawinski.

Die Bildnis Kunst unserer Tage ist durch die moderne Programm- und Richtungsmalerei ebenso verwirrt worden, wie die Kunst aller anderen Gebiete. Der sich an der traditionell ausgeübten Kunst der richtigen Zeichnung, der Schönfärbigkeit, der Lehnlichkeit, der repräsentativ-dekorativen Haltung der Bildnisse noch erfreuen will, darf sich von den modernen Schlagworten und meist verächtlich beherrschte gehobener Charakterisierung der „Photographiemalerei“ u. a. nicht irre machen lassen.

Wenn man diesen Grundgedanken im Auge behält, wird man in den Bildnissen und Studienkopien von A. Straßberger alles das finden, was die gute Bildnis malerei älterer Kunstzeit geboten hat und immer noch bietet, zur Befriedigung der Betrachter, die zunächst auf Lehnlichkeit und dann auf schmuckhafte Haltung des Bildes innerhalb der Wohnungsausstattung abheben. Diese Bildnisse entsprechen die Werke Straßbergers durchaus. Sie sind mit künstlerischem Taft in Zeichnung und Malweise, mit feingefühlter Raumteilung und Formgestaltung, mit Hinblick auf Farbenharmonie und Hintergrundwirkung angefaßt und mit lebendigen und natürlichen Ausdruck wiedergegeben. Wenn man aus der überwiegenden Anzahl der Frauenbildnisse (Frau D. B., N., M. u. f.) schließen wollte, daß Straßbergers Stärke auf dem Gebiet der Bildnisse von Frauen liegt, so bemerken die herb und männlich gehaltenen Stücke (Kontinent N., Pf.), daß auch die Männerbildnisse durchaus

über. Es würde hier zu weit führen, sich darüber auszusprechen. Wir weisen deshalb noch auf die zwischen den Türen liegende Schwand mit Verken von L. Billing-Majendie, M. Kroy, G. Maier-Kaufmann, W. Welte, M. Waag, v. Pariesal, Eug. Schild, G. Schuberger, G. Staab und G. C. J. Ingraßen hin, die alle sich in die oben angeordneten Malweisen eingelassen lassen. Wir unterlassen nicht hervorzuheben, daß zwar alle Zeichnungen in der Blumenmalerei vertreten sind, daß aber einige Künstlerinnen vielleicht glaubten, sich auszeichnen zu müssen.

J. A. B.

Kunsthaus Gerber und Schawinski.

Die Bildnis Kunst unserer Tage ist durch die moderne Programm- und Richtungsmalerei ebenso verwirrt worden, wie die Kunst aller anderen Gebiete. Der sich an der traditionell ausgeübten Kunst der richtigen Zeichnung, der Schönfärbigkeit, der Lehnlichkeit, der repräsentativ-dekorativen Haltung der Bildnisse noch erfreuen will, darf sich von den modernen Schlagworten und meist verächtlich beherrschte gehobener Charakterisierung der „Photographiemalerei“ u. a. nicht irre machen lassen.

Wenn man diesen Grundgedanken im Auge behält, wird man in den Bildnissen und Studienkopien von A. Straßberger alles das finden, was die gute Bildnis malerei älterer Kunstzeit geboten hat und immer noch bietet, zur Befriedigung der Betrachter, die zunächst auf Lehnlichkeit und dann auf schmuckhafte Haltung des Bildes innerhalb der Wohnungsausstattung abheben. Diese Bildnisse entsprechen die Werke Straßbergers durchaus. Sie sind mit künstlerischem Taft in Zeichnung und Malweise, mit feingefühlter Raumteilung und Formgestaltung, mit Hinblick auf Farbenharmonie und Hintergrundwirkung angefaßt und mit lebendigen und natürlichen Ausdruck wiedergegeben. Wenn man aus der überwiegenden Anzahl der Frauenbildnisse (Frau D. B., N., M. u. f.) schließen wollte, daß Straßbergers Stärke auf dem Gebiet der Bildnisse von Frauen liegt, so bemerken die herb und männlich gehaltenen Stücke (Kontinent N., Pf.), daß auch die Männerbildnisse durchaus

J. A. B.

Kunsthaus Gerber und Schawinski.

Die Bildnis Kunst unserer Tage ist durch die moderne Programm- und Richtungsmalerei ebenso verwirrt worden, wie die Kunst aller anderen Gebiete. Der sich an der traditionell ausgeübten Kunst der richtigen Zeichnung, der Schönfärbigkeit, der Lehnlichkeit, der repräsentativ-dekorativen Haltung der Bildnisse noch erfreuen will, darf sich von den modernen Schlagworten und meist verächtlich beherrschte gehobener Charakterisierung der „Photographiemalerei“ u. a. nicht irre machen lassen.

Wenn man diesen Grundgedanken im Auge behält, wird man in den Bildnissen und Studienkopien von A. Straßberger alles das finden, was die gute Bildnis malerei älterer Kunstzeit geboten hat und immer noch bietet, zur Befriedigung der Betrachter, die zunächst auf Lehnlichkeit und dann auf schmuckhafte Haltung des Bildes innerhalb der Wohnungsausstattung abheben. Diese Bildnisse entsprechen die Werke Straßbergers durchaus. Sie sind mit künstlerischem Taft in Zeichnung und Malweise, mit feingefühlter Raumteilung und Formgestaltung, mit Hinblick auf Farbenharmonie und Hintergrundwirkung angefaßt und mit lebendigen und natürlichen Ausdruck wiedergegeben. Wenn man aus der überwiegenden Anzahl der Frauenbildnisse (Frau D. B., N., M. u. f.) schließen wollte, daß Straßbergers Stärke auf dem Gebiet der Bildnisse von Frauen liegt, so bemerken die herb und männlich gehaltenen Stücke (Kontinent N., Pf.), daß auch die Männerbildnisse durchaus

J. A. B.

Kunsthaus Gerber und Schawinski.

Die Bildnis Kunst unserer Tage ist durch die moderne Programm- und Richtungsmalerei ebenso verwirrt worden, wie die Kunst aller anderen Gebiete. Der sich an der traditionell ausgeübten Kunst der richtigen Zeichnung, der Schönfärbigkeit, der Lehnlichkeit, der repräsentativ-dekorativen Haltung der Bildnisse noch erfreuen will, darf sich von den modernen Schlagworten und meist verächtlich beherrschte gehobener Charakterisierung der „Photographiemalerei“ u. a. nicht irre machen lassen.

Wenn man diesen Grundgedanken im Auge behält, wird man in den Bildnissen und Studienkopien von A. Straßberger alles das finden, was die gute Bildnis malerei älterer Kunstzeit geboten hat und immer noch bietet, zur Befriedigung der Betrachter, die zunächst auf Lehnlichkeit und dann auf schmuckhafte Haltung des Bildes innerhalb der Wohnungsausstattung abheben. Diese Bildnisse entsprechen die Werke Straßbergers durchaus. Sie sind mit künstlerischem Taft in Zeichnung und Malweise, mit feingefühlter Raumteilung und Formgestaltung, mit Hinblick auf Farbenharmonie und Hintergrundwirkung angefaßt und mit lebendigen und natürlichen Ausdruck wiedergegeben. Wenn man aus der überwiegenden Anzahl der Frauenbildnisse (Frau D. B., N., M. u. f.) schließen wollte, daß Straßbergers Stärke auf dem Gebiet der Bildnisse von Frauen liegt, so bemerken die herb und männlich gehaltenen Stücke (Kontinent N., Pf.), daß auch die Männerbildnisse durchaus

J. A. B.

Kunsthaus Gerber und Schawinski.

Die Bildnis Kunst unserer Tage ist durch die moderne Programm- und Richtungsmalerei ebenso verwirrt worden, wie die Kunst aller anderen Gebiete. Der sich an der traditionell ausgeübten Kunst der richtigen Zeichnung, der Schönfärbigkeit, der Lehnlichkeit, der repräsentativ-dekorativen Haltung der Bildnisse noch erfreuen will, darf sich von den modernen Schlagworten und meist verächtlich beherrschte gehobener Charakterisierung der „Photographiemalerei“ u. a. nicht irre machen lassen.

Wenn man diesen Grundgedanken im Auge behält, wird man in den Bildnissen und Studienkopien von A. Straßberger alles das finden, was die gute Bildnis malerei älterer Kunstzeit geboten hat und immer noch bietet, zur Befriedigung der Betrachter, die zunächst auf Lehnlichkeit und dann auf schmuckhafte Haltung des Bildes innerhalb der Wohnungsausstattung abheben. Diese Bildnisse entsprechen die Werke Straßbergers durchaus. Sie sind mit künstlerischem Taft in Zeichnung und Malweise, mit feingefühlter Raumteilung und Formgestaltung, mit Hinblick auf Farbenharmonie und Hintergrundwirkung angefaßt und mit lebendigen und natürlichen Ausdruck wiedergegeben. Wenn man aus der überwiegenden Anzahl der Frauenbildnisse (Frau D. B., N., M. u. f.) schließen wollte, daß Straßbergers Stärke auf dem Gebiet der Bildnisse von Frauen liegt, so bemerken die herb und männlich gehaltenen Stücke (Kontinent N., Pf.), daß auch die Männerbildnisse durchaus

J. A. B.

Kunsthaus Gerber und Schawinski.

Die Bildnis Kunst unserer Tage ist durch die moderne Programm- und Richtungsmalerei ebenso verwirrt worden, wie die Kunst aller anderen Gebiete. Der sich an der traditionell ausgeübten Kunst der richtigen Zeichnung, der Schönfärbigkeit, der Lehnlichkeit, der repräsentativ-dekorativen Haltung der Bildnisse noch erfreuen will, darf sich von den modernen Schlagworten und meist verächtlich beherrschte gehobener Charakterisierung der „Photographiemalerei“ u. a. nicht irre machen lassen.

Angeichts dieser Lage, so fuhr er fort, haben wir uns durch das Communiqué in gefährlicher Weise mit den Mächten identifiziert, deren illogisches Spiel vielleicht nicht in Deutschland, aber sonst in der ganzen Welt klar geworden ist. Wir haben damit die Mitverantwortung für das Haus in Genf übernommen und haben uns, wenn auch nicht juristisch, so doch auf's gefährlichste politisch gebunden. Räden wir von diesem Weg nicht ganz unzweideutig ab, so geraten wir in völlige Abhängigkeit von Frankreich und seinem Anhang. Die

Zurückziehung des Aufnahmevertrages

ist umso notwendiger, als wir ja heute noch gar nicht übersehen können, was alles in der Welt bis zum September geschehen kann. Stellen wir jetzt das unter Antrag zunächst gefaßt ist, so zwingen wir die Entente bei ihren Vorbereitungen, von denen wir uns unbedingt freizuhalten haben, mit der Möglichkeit zu rechnen, daß wir den Antrag auf den Eintritt nicht erneuern würden, wenn wiederum illogisch gegen uns verfahren wird.

Wir machen zugleich vor der ganzen Welt deutlich, daß das Deutsche Reich die Verantwortung für das Genfer Chaos ablehnt. Diese Stellungnahme würde das Ansehen Deutschlands in der ganzen Welt mit einem Schlage wiederherstellen. Das ist derselbe Standpunkt, den Nordamerika einnimmt. Durch deutliches Vorleben von dem illogischen Spiel in Genf werden wir auch der Bestimmung entgegenwirken können, die wir uns bei sonst wohlwollenden Neutralen dadurch zugezogen haben, daß wir uns unnötigerweise von Frankreich als Kardinell, vor allem gegenüber Spanien und Brasilien, haben gebrauchen lassen. Der Reichspräsident und das deutsche Volk müßten von der fürchterlichen Verantwortung und der Bindung des Genfer Ergebnisses frei werden, um der Zukunft derer willen, die nach uns kommen. (Die Rede wurde von der Rechten des Reichstages mit starkem Beifall aufgenommen, in den sich nur schwaches Zischen der Kommunisten mischte. Der starke Einbruch, den die Ausführungen des Großadmirals auf das Haus machten, war besonders durch die ruhige und sachliche Art, wie sie vorgetragen wurden, bestimmt.)

Reichszustler Dr. Luther:

Der Rede des Abg. v. Tirpitz habe ich zwei Gesichtspunkte entnommen: 1. handele es sich nicht darum, Locarno nach rückwärts zu schieben und 2. solle Deutschlands Eintrittsgesetz in den Völkerbund zurückgenommen werden.

Es ist ein schweres Problem, diese beiden Gesichtspunkte zu vereindern. Der Gedanke, Deutschland habe seine Freiheit verloren, das Eintrittsgesetz zurückzunehmen, ist völlig irrig. Deutschland hat die Freiheit, und daran ist auch nichts geändert worden durch das Communiqué. Wir wollen Locarno nicht nur nicht rückwärts revidieren, sondern wir wollen es aufheben. Locarno ist heute die Grundlage unserer Außenpolitik. Gewiß ist vielerlei noch nicht erfüllt; aber andererseits kann doch nicht behauptet werden, daß Locarno wirkungslos gewesen sei. Wir haben doch vieles erreicht, was ohne Locarno nicht erreicht worden wäre. (Lebhafte Zustimmung.)

Das die Locarno-Politik fortgesetzt und ausgebaut werden soll, ist in dem Communiqué ausgesprochen. Ich kenne mich dazu, daß das Communiqué in seinem Grundgedanken unserer Initiative entsprungen ist. (Hört, hört, rechts, Beifall links und in der Mitte.) Gewiß; einen anderen Weg gab es gar nicht, um festzustellen, daß trotz des vorläufigen Nichtertritts Deutschlands in den Völkerbund die Locarno-Politik fortgesetzt werden und die Locarno-Abmachungen auch juristisch in Kraft treten sollen. (Unruhe rechts.)

Es muß doch festgestellt werden, daß nach den Parlamentsbeschlüssen Locarno die anerkannte Grundlage unserer Politik ist. Es wird ganz zu Unrecht der Ansicht erweckt, als sei die Meinung der Welt seit Genf gegen Deutschland. Es läßt sich umgekehrt feststellen, daß in der Presse der ganzen Welt, vor allem Amerikas, richtig von dem deutschen Standpunkt bezeichnet wird. Eine Zurückziehung des deutschen Eintrittsgesetzes an den Völkerbund würde dazu führen, daß die Meinung der Welt gegen uns würde. Deutschland hat nicht bis zum Einbruch für Locarno gekämpft, sondern die deutsche Politik schwenkt um. — Die deutsche Politik würde dann nicht mehr als die des Friedens und der Verständigung angesehen werden, die wir brauchen. —

Noch etwas Persönliches. Ich hatte die Ehre eine Pension zu führen, der die Deutschnationalen Partei angehört. Ich habe niemals, wie Sie wissen, irgendeine bestimmte parteipolitische Stellung eingenommen. (Lautes Gelächter rechts und auf der äußersten Linke), und wenn das ganze Haus lacht; ich bekenne mich doch mir allem Nachdruck zu dem Standpunkt: Es gibt neben den einzelnen politischen Parteien das Einhalten einer einfachen, klaren, vorklärenden Richtung, und das ist mein Programm. (Beifall.) Gerade in dieser Stunde, wo gegen meine Person von Deutschnationalen mit denen ich vertrauensvoll zusammenarbeiten habe, ein Mißtrauensvotum eingebracht worden ist, bekenne ich mich erneut zu dem Standpunkt, daß für mich nur das gerade vorklärende Arbeiten das politische Programm ist. Ob ich in der Lage bin, diese Arbeit weiterzuführen, darüber entscheiden die zuständigen Stellen. (Beifall.)

Abg. Müller-Franken (Soz.) fordert eine Völkerbundsreform, die nicht im Gegegnis zu einer deutsch-russischen Verständigung stehe.

Abg. Fehr, von Rheinbaben (D.Vo.) kritisiert besonders das Verhalten Polens.

Abg. Münzenberg (Komm.) fragt, ob es richtig sei, daß Deutschland das Abkommen der Westmächte gegen China mit unterzeichnet habe.

Abg. Graf Westarp (D.N.) hält dem Kanzler vor, er sei im Irrtum, wenn er alaise, Herr von Tirpitz billige Locarno. Das entspreche nicht den Tatsachen. Der Redner erinnert an das vertrauensvolle Zusammenarbeiten der Deutschnationalen mit dem Kanzler. Dann sei der Kanzler aber andere Wege gegangen, so daß sich die Deutschnationalen von ihm trennen müßten. Sie seien aber weit davon entfernt, ihm etwa den vaterländischen Willen und die vaterländische Stimmung abzusprechen. Die Politik sei aber ein hartes, nüchternes Geschäft, das durch persönliche Empfindungen nicht beeinflusst werden dürfe. Der Kanzler sehe jetzt andere Wege als zurzeit der Regierungsbildung der Deutschnationalen. Darum müßten sie ihn befähigen.

Reichszustler Dr. Luther stellt nochmals fest, daß für die Richtlinien von Locarno ein Beschluß des Hauses vorliege, und daher müßte diese Linie weitergegangen werden.

Damit schließt die Aussprache.

Eingegangen ist ein Antrag der Reichstagsfraktion, wonach der Eintritt in den Völkerbund erst erfolgen soll, nachdem Deutschland ein ständiger Ratssitz ohne weitere Vernehmung der Ratssitze zugestimmt worden ist. Daran beginnen die

Abstimmungen.

Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinet wurde gegen die Stimmen der Kommunisten, der Deutschnationalen und der Völkischen abgelehnt. Gegen die Stimmen der gleichen Parteien wurde auch der deutsch nationale Mißtrauensantrag gegen Reichszustler und Außenminister in wesentlicher Abstimmung mit 259 gegen 141 Stimmen abgelehnt.

In weiterer namentlicher Abstimmung wurde mit 264 gegen 139 Stimmen bei einer Enthalt-

ung abgelehnt.

Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinet wurde gegen die Stimmen der Kommunisten, der Deutschnationalen und der Völkischen abgelehnt. Gegen die Stimmen der gleichen Parteien wurde auch der deutsch nationale Mißtrauensantrag gegen Reichszustler und Außenminister in wesentlicher Abstimmung mit 259 gegen 141 Stimmen abgelehnt.

In weiterer namentlicher Abstimmung wurde mit 264 gegen 139 Stimmen bei einer Enthalt-

ung abgelehnt.

Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinet wurde gegen die Stimmen der Kommunisten, der Deutschnationalen und der Völkischen abgelehnt. Gegen die Stimmen der gleichen Parteien wurde auch der deutsch nationale Mißtrauensantrag gegen Reichszustler und Außenminister in wesentlicher Abstimmung mit 259 gegen 141 Stimmen abgelehnt.

In weiterer namentlicher Abstimmung wurde mit 264 gegen 139 Stimmen bei einer Enthalt-

ung abgelehnt.

Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinet wurde gegen die Stimmen der Kommunisten, der Deutschnationalen und der Völkischen abgelehnt. Gegen die Stimmen der gleichen Parteien wurde auch der deutsch nationale Mißtrauensantrag gegen Reichszustler und Außenminister in wesentlicher Abstimmung mit 259 gegen 141 Stimmen abgelehnt.

In weiterer namentlicher Abstimmung wurde mit 264 gegen 139 Stimmen bei einer Enthalt-

ung abgelehnt.

Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinet wurde gegen die Stimmen der Kommunisten, der Deutschnationalen und der Völkischen abgelehnt. Gegen die Stimmen der gleichen Parteien wurde auch der deutsch nationale Mißtrauensantrag gegen Reichszustler und Außenminister in wesentlicher Abstimmung mit 259 gegen 141 Stimmen abgelehnt.

In weiterer namentlicher Abstimmung wurde mit 264 gegen 139 Stimmen bei einer Enthalt-

ung abgelehnt.

Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinet wurde gegen die Stimmen der Kommunisten, der Deutschnationalen und der Völkischen abgelehnt. Gegen die Stimmen der gleichen Parteien wurde auch der deutsch nationale Mißtrauensantrag gegen Reichszustler und Außenminister in wesentlicher Abstimmung mit 259 gegen 141 Stimmen abgelehnt.

In weiterer namentlicher Abstimmung wurde mit 264 gegen 139 Stimmen bei einer Enthalt-

ung abgelehnt.

Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinet wurde gegen die Stimmen der Kommunisten, der Deutschnationalen und der Völkischen abgelehnt. Gegen die Stimmen der gleichen Parteien wurde auch der deutsch nationale Mißtrauensantrag gegen Reichszustler und Außenminister in wesentlicher Abstimmung mit 259 gegen 141 Stimmen abgelehnt.

In weiterer namentlicher Abstimmung wurde mit 264 gegen 139 Stimmen bei einer Enthalt-

ung abgelehnt.

Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinet wurde gegen die Stimmen der Kommunisten, der Deutschnationalen und der Völkischen abgelehnt. Gegen die Stimmen der gleichen Parteien wurde auch der deutsch nationale Mißtrauensantrag gegen Reichszustler und Außenminister in wesentlicher Abstimmung mit 259 gegen 141 Stimmen abgelehnt.

In weiterer namentlicher Abstimmung wurde mit 264 gegen 139 Stimmen bei einer Enthalt-

ung abgelehnt.

Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinet wurde gegen die Stimmen der Kommunisten, der Deutschnationalen und der Völkischen abgelehnt. Gegen die Stimmen der gleichen Parteien wurde auch der deutsch nationale Mißtrauensantrag gegen Reichszustler und Außenminister in wesentlicher Abstimmung mit 259 gegen 141 Stimmen abgelehnt.

In weiterer namentlicher Abstimmung wurde mit 264 gegen 139 Stimmen bei einer Enthalt-

ung abgelehnt.

Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinet wurde gegen die Stimmen der Kommunisten, der Deutschnationalen und der Völkischen abgelehnt. Gegen die Stimmen der gleichen Parteien wurde auch der deutsch nationale Mißtrauensantrag gegen Reichszustler und Außenminister in wesentlicher Abstimmung mit 259 gegen 141 Stimmen abgelehnt.

In weiterer namentlicher Abstimmung wurde mit 264 gegen 139 Stimmen bei einer Enthalt-

ung abgelehnt.

Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinet wurde gegen die Stimmen der Kommunisten, der Deutschnationalen und der Völkischen abgelehnt. Gegen die Stimmen der gleichen Parteien wurde auch der deutsch nationale Mißtrauensantrag gegen Reichszustler und Außenminister in wesentlicher Abstimmung mit 259 gegen 141 Stimmen abgelehnt.

In weiterer namentlicher Abstimmung wurde mit 264 gegen 139 Stimmen bei einer Enthalt-

ung abgelehnt.

Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinet wurde gegen die Stimmen der Kommunisten, der Deutschnationalen und der Völkischen abgelehnt. Gegen die Stimmen der gleichen Parteien wurde auch der deutsch nationale Mißtrauensantrag gegen Reichszustler und Außenminister in wesentlicher Abstimmung mit 259 gegen 141 Stimmen abgelehnt.

In weiterer namentlicher Abstimmung wurde mit 264 gegen 139 Stimmen bei einer Enthalt-

Es muß doch festgestellt werden, daß nach den Parlamentsbeschlüssen Locarno die anerkannte Grundlage unserer Politik ist. Es wird ganz zu Unrecht der Ansicht erweckt, als sei die Meinung der Welt seit Genf gegen Deutschland. Es läßt sich umgekehrt feststellen, daß in der Presse der ganzen Welt, vor allem Amerikas, richtig von dem deutschen Standpunkt bezeichnet wird. Eine Zurückziehung des deutschen Eintrittsgesetzes an den Völkerbund würde dazu führen, daß die Meinung der Welt gegen uns würde. Deutschland hat nicht bis zum Einbruch für Locarno gekämpft, sondern die deutsche Politik schwenkt um. — Die deutsche Politik würde dann nicht mehr als die des Friedens und der Verständigung angesehen werden, die wir brauchen. —

Noch etwas Persönliches. Ich hatte die Ehre eine Pension zu führen, der die Deutschnationalen Partei angehört. Ich habe niemals, wie Sie wissen, irgendeine bestimmte parteipolitische Stellung eingenommen. (Lautes Gelächter rechts und auf der äußersten Linke), und wenn das ganze Haus lacht; ich bekenne mich doch mir allem Nachdruck zu dem Standpunkt: Es gibt neben den einzelnen politischen Parteien das Einhalten einer einfachen, klaren, vorklärenden Richtung, und das ist mein Programm. (Beifall.) Gerade in dieser Stunde, wo gegen meine Person von Deutschnationalen mit denen ich vertrauensvoll zusammenarbeiten habe, ein Mißtrauensvotum eingebracht worden ist, bekenne ich mich erneut zu dem Standpunkt, daß für mich nur das gerade vorklärende Arbeiten das politische Programm ist. Ob ich in der Lage bin, diese Arbeit weiterzuführen, darüber entscheiden die zuständigen Stellen. (Beifall.)

Abg. Müller-Franken (Soz.) fordert eine Völkerbundsreform, die nicht im Gegegnis zu einer deutsch-russischen Verständigung stehe.

Abg. Fehr, von Rheinbaben (D.Vo.) kritisiert besonders das Verhalten Polens.

Abg. Münzenberg (Komm.) fragt, ob es richtig sei, daß Deutschland das Abkommen der Westmächte gegen China mit unterzeichnet habe.

Abg. Graf Westarp (D.N.) hält dem Kanzler vor, er sei im Irrtum, wenn er alaise, Herr von Tirpitz billige Locarno. Das entspreche nicht den Tatsachen. Der Redner erinnert an das vertrauensvolle Zusammenarbeiten der Deutschnationalen mit dem Kanzler. Dann sei der Kanzler aber andere Wege gegangen, so daß sich die Deutschnationalen von ihm trennen müßten. Sie seien aber weit davon entfernt, ihm etwa den vaterländischen Willen und die vaterländische Stimmung abzusprechen. Die Politik sei aber ein hartes, nüchternes Geschäft, das durch persönliche Empfindungen nicht beeinflusst werden dürfe. Der Kanzler sehe jetzt andere Wege als zurzeit der Regierungsbildung der Deutschnationalen. Darum müßten sie ihn befähigen.

Reichszustler Dr. Luther stellt nochmals fest, daß für die Richtlinien von Locarno ein Beschluß des Hauses vorliege, und daher müßte diese Linie weitergegangen werden.

Damit schließt die Aussprache.

Eingegangen ist ein Antrag der Reichstagsfraktion, wonach der Eintritt in den Völkerbund erst erfolgen soll, nachdem Deutschland ein ständiger Ratssitz ohne weitere Vernehmung der Ratssitze zugestimmt worden ist. Daran beginnen die

Abstimmungen.

Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinet wurde gegen die Stimmen der Kommunisten, der Deutschnationalen und der Völkischen abgelehnt

Die Debatte über das neue Steuerkompromiß.

VdZ. Berlin, 23. März.

Der Steuerauschuß des Reichstages nahm in seiner heutigen Sitzung das neue Steuerkompromiß in Form eines Abänderungsantrages vor.

In der Aussprache darüber führte Abg. Dr. Herz (Soz.) aus, der neue Antrag sei die völlige Preisgabe jeden sachlichen Gesichtspunktes und ein Ersatz durch ein schlechtes Kompromiß. Die Sozialdemokratie könne diesem Kompromiß nicht zustimmen. Wir haben keine Lust und keine Neigung, die Steuerpolitik des Reiches von Trieb und Mühen aus machen und sie bestimmen zu lassen durch die Sonderinteressen der Winger und Großbrauereien.

Abg. Dr. Prener (Dnt.) erklärte, seine Freunde könnten sich in vielen Punkten der sozialdemokratischen Kritik anschließen. Der Abänderungsantrag sei ein vollständig neues Steuerprogramm und das Eingeständnis völligen Bankrotts des ersten Vorschlages. Wenn die Senkung der Umsatzsteuer nicht in dem vorher geplanten Umfang eintrete, dann müsse vor allem die Hauszinssteuer auf 20 Prozent gesenkt werden. Der Redner richtete schließlich an den Finanzminister die Frage, welche finanzielle Wirkung der sozialdemokratische Antrag auf Senkung der Umsatzsteuer auf 0,5 Prozent haben würde.

Finanzminister Dr. Reinhold:

Für die Einbringung der Regierungsvorlage war der Gesichtspunkt maßgebend, wie wir aus der Wirtschaftskrise so schnell wie möglich herauskommen können. Wenn durch das Kompromißprogramm der Regierungsparteien dieses Ziel nicht mehr erreicht werden könnte, so hätte die Regierung dem Kompromiß nicht zustimmen können. Nach meiner festen Überzeugung wird durch das Kompromiß das Ziel der Regierung, der Wirtschaft Erleichterungen zu bringen, keineswegs illusorisch gemacht, wenn es auch nicht in dem Sinne erreicht werden kann wie nach dem ursprünglichen Regierungsprogramm. Von einer Demoralisierung des Regierungsprogrammes kann man jedenfalls durchaus nicht reden. Der ursprüngliche Regierungsplan einer Umsatzsteuerreduzierung auf 0,5 Prozent mußte leider aufgegeben werden, weil genaue Berechnungen ergaben, daß eine solche Senkung in diesem Jahre und noch viel mehr im Jahre 1927 für die Staatsfinanzen sehr gefährlich werden müßte. Eine Senkung auf 0,5 Prozent würde bedeuten, daß wir allein aus der Umsatzsteuer für das Jahr 1927 auf 625 Millionen verzichten müßten. Auf anderen Gebieten könnten wir dann überhaupt keine Steuerermäßigungen eintreten lassen. Außerdem würde dadurch für das Jahr 1927 eine bedrohliche Finanzlage geschaffen werden. Für die Regierung ist es selbstverständlich, daß das Steuermitbestimmungsprogramm ein einheitliches Ganzes ist.

Abg. Dr. Fischer-Röhl (Dem.): Zweifellos hat der ursprüngliche Entwurf dem Zeitgedanken der Regierung mehr entsprochen, als der jetzige Abänderungsantrag. Da aber eine Minderheitsregierung besteht, muß man versuchen, eine Mehrheit im Sinne der Vorlage zu schaffen. Mit dem Kompromißantrag wird keineswegs umgegangen. Das größte Unglück für die Wirtschaft wäre es, wenn durch die Uneinigkeit innerhalb der Parteien zum 1. April überhaupt die Steuerentfaltungen nicht zustande kämen.

Abg. Dr. Brüning (Str.) schließt sich im wesentlichen den Ausführungen des Vorredners an, legt aber schärfsten Protest dagegen ein, daß in der dem Finanzminister politisch nahestehenden Presse scharfe Angriffe gegen das Zentrum verbreitet werden, als hätte das Zentrum das Regierungsprogramm sabotiert. Weiter weist der Redner die Annahme zurück, daß das Zentrum sich durch die Wingerunruhen in Bernkastel dazu habe bestimmen lassen, die Aufhebung der Weinsteuer zu fordern. An eine völlige Aufhebung der Schanksteuer werde nicht gedacht. Sie solle nur in ihrer jetzigen Form beibehalten werden. Das Zentrum behalte sich vor, die Wiedereinführung der früheren Schanksteuer zu beantragen. Die Forderung des Ministers zur Unterstreichung der ausgezeuerten Erwerbslosen habe es dem Zentrum ermöglicht, dem Kompromiß zuzustimmen.

Abg. Dr. Mittelmann (D.Vp.) betont, auch für den neuen Kompromißantrag der Regierungsparteien sei die Absicht bestimmend gewesen, der Wirtschaft zu helfen. Die Volkspartei behalte sich hinsichtlich der Aufhebung der Schanksteuer noch eine nähere Prüfung vor. Es sei nicht zu verstehen, daß die Deutschnationalen die für viele Volksschichten außerordentlich bedeutungsvolle Senkung der Vermögenssteuer als belanglos abtun. Das Kompromiß sei eine Basis, auf die sowohl die Deutschnationalen wie die Sozialdemokraten treten könnten. Die Weiterberatung wurde darauf am Mittwoch vertagt.

Der interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien trat am Dienstagabend mit dem Reichsfinanzminister Dr. Reinhold zur Besprechung über die Steuermitbestimmungsvorlage zusammen. Es wurde, wie wir hören, eine Uebereinstimmung dahin erzielt, daß die Regierungsparteien sich mit dem neuen Kompromißvorschlag einverstanden erklärten. Es handelt sich hier um eine grundsätzliche Uebereinstimmung, die die Möglichkeit von Änderungen zuläßt, und zwar auch von solchen, die von anderen Parteien vorgeschlagen werden.

Die Aufhebung der Weinsteuer vom Ausschuß beschlossen.

TU. Berlin, 23. März. Der Reichstagsausschuß, der die Vorlage der Winger zu behandeln hat, entschied sich in zweiter Lesung, ebenso wie in der ersten, für die Aufhebung der Weinsteuer.

Reichskredite zur Förderung des Kleinwohnungsbaues.

VdZ. Berlin, 22. März.

Der Reichsrat hielt eine Sitzung ab, auf deren Tagesordnung der Gesetzentwurf über Bereitstellung von Krediten zur Förderung des Kleinwohnungsbaues stand. Das Reich will zu dem angegebenen Zwecke rund 200 Millionen bereitstellen. Die Reichsratsausschüsse haben die Vorlage in der Fassung angenommen, daß, um die Gewährung von Zwischenkredit auf erliche Hypotheken zu fördern, der Reichsarbeitsminister ermächtigt wird, an die Länder Darlehen bis zur Dauer von 12 Monaten nach jeweiligem Abzug zu gewähren. Damit ist festgelegt, daß die Gelder des Reiches nur für Zwischenkredite auf erliche Hypotheken gegeben werden sollen.

Langfristige Kredite für das Handwerk.

Berlin, 23. März. Zwischen dem Reich und den Ländern schweben Verhandlungen wegen der Beschaffung von langfristigen Krediten für das Handwerk, da die bisher bewilligten Sonderkredite sich nicht bewährt haben.

Das Fürstenabfindungskompromiß vor dem Rechtsausschuß.

VdZ. Berlin, 23. März.

Der Rechtsausschuß des Reichstages legte heute unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Kahl (D. Vp.) die Generaldebatte über den Gesetzentwurf betr. die vermögensrechtliche Auseinandersetzung der in den deutschen Ländern vormals regierenden Fürstentümer fort. Durch den Kompromißantrag erfährt Preußen keine Erleichterung seiner übernommenen Lasten, sondern es befürchtet das Gegenteil.

Abg. Dr. Barth (Dnt.) empfahl der preussischen Regierung, lieber einen neuen Vergleich zu schließen, als auf das Reichsfinanzgericht zu warten.

Finanzminister Höpfer-Mischoff erklärte, daß Preußen vielleicht nach der Verabschiedung des Gesetzes einen neuen Vergleich schließen würde, aber nur, wenn dabei Preußen besser fahre. Der Kompromiß könne mit einigen Änderungen eine brauchbare Grundlage abgeben. Seine Regierung werde gerne dabei mit juristischen Formulierungen helfen.

Nach weiterer Debatte vertagte sich der Ausschuß auf Mittwoch.

Ein deutsch-portugiesisches Handelsabkommen.

WTB. Berlin, 23. März.

Ein neues deutsch-portugiesisches Handelsabkommen ist in Lissabon unterzeichnet worden. Das Abkommen enthält im wesentlichen die Vereinbarungen des bisher geltenden vorläufigen deutsch-portugiesischen Handelsabkommens, in dem Portugal gegen die deutsche Meistbegünstigung den deutschen Waren die de facto Meistbegünstigung durch Einräumung der Zollbefreiung des portugiesischen Minimalzolltariffes zugestanden hat. Besonders wichtig ist ferner, daß auf Grund des neuen Abkommens die deutschen Staatsangehörigen nunmehr auch in den portugiesischen Kolonien bezüglich der Einreise, der Ausübung von Handel und Gewerbe, der Niederlassung und des Erwerbes von Reueigenschaften die gleichen Rechte wie die Angehörigen der meistbegünstigten Nationen haben werden.

Für portugiesischen Desertwein

Ist der gleiche Zolltarif zugestanden worden, der in dem deutsch-italienischen Handelsvertrag vereinbart worden ist, nämlich 32 Mark. Für andere Weinarten sind keine Zollabreden getroffen worden. Portugal hat ferner Zugeständnisse für Ananas, Thunfischkonserven und Korkstoffe gemacht worden. Das neue Abkommen wird demnächst den gesetzgebenden Körperschaften zur Genehmigung vorgelegt werden. Bis dahin ist die Verlängerung der Geltungsdauer des bisherigen Handelsabkommens vereinbart worden.

Oesterreichische Ehrung für Hindenburg.

Berlin, 23. März. Der österreichische Bundeskanzler Kamek wird bei seinem Besuch in Berlin, der Ende dieser Woche erfolgen soll, dem Reichspräsidenten von Hindenburg die höchste Auszeichnung der österreichischen Republik, das „Große goldene Ehrenzeichen der Republik am Bande mit dem Stern“ überreichen, das bisher noch an keine auswärtige Persönlichkeit verliehen wurde. Es ist dies die erste ausländische Auszeichnung, die Reichspräsident von Hindenburg annimmt.

Schloss-Hotel Karlsruhe jeweils Sonntagabend Künstler-Konzert

una beschlossen, über das von den Bülkischen vorgelagte „Betransenspotium“ zur Tagesordnung überzugehen.

Zur Abstimmung gestellt wird dann der Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung. Dazu erklärt Abg. Schulz-Bromberg (D.N.), daß seine Freunde ihm zustimmen können, da er zwar eine unzulässige, aber immerhin doch eine kleine Verbesserung bedeute. Abg. von Gnerard (Str.) lehnt den Antrag als überflüssig nach den Erklärungen der Regierungsvorrede ab. Die Abstimmung ist wiederum namenlos. Der Antrag wird mit 250 gegen 133 Stimmen abgelehnt.

Der Billigungsantrag

wurde mit den Stimmen der Regierungsparteien und Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Deutschnationalen, Bülkischen und Kommunisten bei Stimmhaltung eines Teiles der Wirtschaftlichen Vereinigung in einer späteren Abstimmung angenommen.

Abgelehnt wurden die Anträge auf Zurücknahme des deutschen Aufnahmengesetzes.

Das Gehalt des Außenministers wird dann dem Gehalt und der Etabli des Auswärtigen Amtes angenommen. Angenommen wird auch ein internationaler Antrag, der eine Denkschrift über die Lage der deutschen Kolonien unter Mandatsverwaltung fordert.

Haushalt für die besetzten Gebiete

erkennt Abg. Hofmann-Dudwigschafen (Str.) an, daß es im besetzten Gebiet besser geworden sei, wenn auch der Locarno-Geist mehr Sehnsucht als Wirklichkeit sei. Notwendig sei die Herabsetzung der Besatzungshöhe. Sie betrage immer noch 82 000 Mann, nämlich 66 000 Franzosen und je 8000 Engländer und Belgier. 130 bis 100 deutsche Gefangene läßen noch in französischer Haft.

Minister für die besetzten Gebiete, Marx.

betont die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung eines Ministeriums, da noch immer 4 Millionen Deutsche im besetzten Gebiet leben. Die Volksgenossen an der Mosel und Loth., in Mainz und in der Pfalz können versichert sein, daß wir tren zu ihnen stehen. Für die weitere Befreiung der zweiten und dritten Zone fehle jede innere Verdrängung. Sie widerspreche dem Locarno-Geist. Der Minister erbittet Verzeihen und ein wenig Geduld für den Reichskommissar in Koblenz. Wir erwarten die angelegte Verminderung der Besatzung und die teilweise Zurückgabe von Bürgerquartieren, sowie die Reform der Ordonnanzen und der Militärstrafgesetze. Der Minister schließt mit der Mahnung an die Deutschen des besetzten Gebietes, nicht zu verzagen. Ihre Befreiung sei eine ernste Aufgabe der deutschen Politik.

Abg. Dr. von Drander (Dnt.) dankt der Reichstagsbevölkerung für ihr mutiges Ausdauern und erklärt, daß ihre Haltung zu der Hoffnung auf eine bessere deutsche Zukunft berechtige. Das Gesamtergebnis der Rückwirkungen von Locarno sei denkbar unmöglich für das Rheinland.

Abg. Dr. Japp (D. V.P.) weist darauf hin, daß die Verdrängungen im besetzten Gebiet nicht erfüllt seien. Was in Genf geschehen sei, könne die Anhänger von Locarno nicht häßeln.

Nach weiterer Debatte stellt Minister Dr. Marx fest, daß an einen Abbau der Beamten im besetzten Gebiet nicht gedacht werde. Eingriffe in die deutsche Justiz durch die Besatzungsbehörden seien in den letzten Monaten nicht mehr zur Kenntnis gekommen.

Der Haushalt für die besetzten Gebiete wird genehmigt.

Das Haus vertagt sich. Mittwoch, 11 Uhr: Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Haushalt des Reichspräsidenten.

sei. Nach mehreren Läuterungsstufen gelangte er auf den Boden zu seinem Schaupiel, das sich langsam aus der engen Zeitbegrenzung lösmachte und in einzelnen Szenen zu dichterer Sage emporschob. Wir erinnern unsere Leser an unsern Bericht anlässlich der Freiburger Aufführung. D. Schriftst.

Die Aufführung durch die Gaaß-Berkow-Gruppe ließ die Psychoanalyse des Dichters nur schwach erkennen; sie hatte Anbrunn und war so gleichsam eine Illustration seines Gedankens, daß der Schauspiel eines dramatischen Geschehens immer noch das Menschliche sei und jede Idee erst dann wertig werde, wenn sie ins Menschliche hineinverleat und so zum Schicksal wird. Aber es fehlte der Aufführung, die auch szenisch allzu dürftig wirkte, die überlegene Kraft der darstellerischen Mittel; man hörte von zehn Schauspielern sozusagen, die eine immer gleiche Sprache, weil die Regie (Hans Schmidt) die Gestalten durchweg auf einen pathetischen Grundton gestellt hatte, der dem leidenschaftlichen Atem der Geisteskräfte nur in einzelnen Szenen entwand und darum den lebendigen Pulsschlag des Werkes unterband. Eine Aufführung mit erstklassigen Künstlern wird dem Schauspiel ein ganz anderes Gesicht geben; denn die Charaktere der Hauptpersonen sind vom Dichter in festeren Strichen umrissen, und die Sprache ist beschwingt und klar. Alle diese Menschen stehen mit blühender Seele am Wege, den das Leid erschneidet hat. Wer die Tiefe dieses Dichters nicht fühlt, der muß wohl andere Ideale haben, der kriecht wohl heimlich zu denen, die auf voreremem Boden stehen. Weil Brües ein Kämpfer der reinen Geinnung ist, gehört ihm unsere ganze Empathie; weil er sich als Dramatiker benutzt, verdient er, daß wir seine Arbeit fördern, wo immer es möglich ist. Brües ist auf dem richtigen Wege! Wie viele Bühnendichter sind das heute? ...

Friedrich Brodersen. Ein strahlendes Gesicht am Münchener Opernhimmel ist mit dem Namen Friedrich Brodersens jäh und plötzlich

in die Nacht des Todes getaucht, ein Künstler, der 25 Jahre lang beherrschend im Münchener Theater- und Musikleben stand und Mühen und Ansehen der bayerischen Staatsoper auch außerhalb der heimischen Bezirke in ganz Deutschland festigte und mehrte. Friedrich Brodersen war mit allen Insten seines Beweises, mit allen Kavern seines begeisterungsvollen Herzens Künstler, er sang nicht nur mit dem Stimmbandern, er sang mit dem Herzen. In der Volkstrust seines Wirtens ist der unvergeßliche Künstler von uns gegangen. Wie um alle seine Gestaltungen, liegt auch um sein Ende ein Hauch von Größe. In der Nacht, nachdem der Künstler in Grefeld den Hans Sachs in den Weilerliedern von Nürnberg gesungen hatte, hat das Schicksal rasch und schmerzlos den Mund versiegelt, der so unendlich viel ergreifend Schönes gesendet hatte.

Deutsche Opern in London. Im Mai wird die diesjährige große internationale Saison der Oper in Covent-Garden in London eröffnet werden. Der Spielplan legt sich aus deutschen, italienischen und französischen Werken zusammen, die im bunten Wechsel in der Originalsprache zur Aufführung gelangen. Von deutschen Opern sind außer dem vollständigen „Ring“, „Tritan und Jold“, „Die Weilersinger“ und „Figaros Hochzeit“ in Aussicht genommen, die alle von Generalmusikdirektor Bruno Walter geleitet werden.

Hans Adolf Bühler zu der Freiburger Alleanzwoche. Am 1. Mai wird im Colombischloße zu Freiburg i. Br. im Zusammenhang mit der Alleanzwoche eine Sonderausstellung von Schöpfungen Hans Adolfs Bühlers eröffnet. Er trifft den Nagel auf den Kopf in bezug auch auf das, was unsere Alleanzwoche will, wenn er sagt: „Mein Werk richtet sich zu wenig nach Berlin und Paris, auch nicht nach Florenz und Rom — es ist heimlich-oberflächlich gerichtet. Es will nichts anderes, als was die Kunst vom Dberheben von alten Zeiten her bis zu unseren Tagen gezeit hat. — Sinnensfreundlichkeit, Wahrheit und Dichtung, — und alles getragen von einem guten Handwerk. So haben es die Maler hier gehalten, soweit

mir in die Jahrhunderte zurückschauen können, von den Wänden am Bodenfee Beringer und Luthart über Lukas Moser, Konrad Wih und Hans Waldung — bis zu Böcklin und Thoma. Diese oberflächliche Eigenart, die uns so tief im Blut und in den Knochen fest, die, meine ich, sollen wir pflügen; denn immer wieder hat sie sich entgegen den künstlerischen Tagesmoden als das Feste und Dauernde erwiesen. Und sollten sie hüten als ein köstlich Gut und eine verpflichtende Erbschaft. Und sollten sie in Treue verwalten und in Treue gestalten in der künstlerischen Tat.“

Kunst und Wissenschaft.

Mond und Wetter.

Mit der Aenderung des Wetters zu Karlsruhe in den Jahren 1922 bis 1925 befaßt sich in einem beachtenswerten Artikel Oberstleutnant A. F. Schuster-Karlsruhe in den Annalen der Hydrographie und Maritimen Meteorologie. F. Schuster hat sich über ein Jahrzehnt durch seine wissenschaftlichen Abhandlungen und Vorträge über das schwierige Problem der Ursachen des Wetters bekannt gemacht. Der 50jährige Soldat und Forscher beschäftigte sich mit den rechnerischen Untersuchungen der periodischen Aenderung der wichtigsten meteorologischen Elemente. In den letzten Jahren dehnte er seine Studien aus auf die Aenderung des Wetters als den Inbegriff aller Elemente, wie Einfluß des tropischen Monats auf den Luftdruck, die Windbewegung, die Temperatur und wasserigen Niederschläge. In seiner Abhandlung über die Aenderung des Wetters zu Karlsruhe in den Jahren 1922—1925 findet er auf Grund der ausgiebigen Beobachtungen bei nahe mathematisch gelesmäßige Wellen, die seine früheren Beobachtungen über die Zusammenhänge zwischen Mond und Wetter erneut beweisen. Die Lösung der Aufgabe, die sich Schuster gestellt hat, ist zweifellos keine leichte und ist nur möglich auf Grund von jahrelangen Beobachtungen. Handelt es sich doch um die Atmosphäre, die als gasförmiger Körper

mit seinem leichten spez. Gewicht, seiner plötzlichen Abhängigkeit von der wechselnden Temperatur und Feuchtigkeit rasch großen Schwankungen unterworfen ist und die auf diese Weise dem Menschen als Wetter jeden Augenblick ein anderes Gesicht zeigt. Daß der Mond als außerirdische Kraft einen besonderen Anteil an der Gesetzmäßigkeit des Wetters hat, ist sehr einleuchtend und besonders von Schuster behauptet worden; seine Behauptung wird gestützt auf jahrzehntelange eingehende Studien und Beobachtungen. Möge der für die meteorologische Wissenschaft mit jugendlichem Idealismus besetzte 50jährige Forscher, der während des Krieges Kommandeur des Landsturminfanterie-Ersatzbataillons Karlsruhe XIV—18 war, noch weitere Befähigungen seiner Lehre erleben.

Gemäldeausstellung in Lahr.

Einem Einblick in das Schaffen des Lahrer Malers Wickersheimer verschafft eine kleine Ausstellung. Ein Künstler von stark ausgeprägter Eigenart, der in lichtdurchfluteter Farbgebung und einer alle Nebenbühlichkeiten vermeidenden Erfassung des künstlerischen Kernwurfs, eine prächtige Gesamtwirkung erzielt. Durch seine Schwarzwaldbilder hat er sich im Oberland bereits einen Namen erworben.

Saturnforschung. Professor G. Struve, Observator der Sternwarte Berlin-Babelsberg, hat sich auf Einladung des Direktors der Sternwarte Johannesburg (Südafrika) auf Anfrage des preussischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung auf vier Monate nach Johannesburg begeben, um dort an dem neuen 20zölligen Refraktor Beobachtungen der Saturnmonde während der bevorstehenden Opposition und Erdnähe des Saturns auszuführen. Daim der Opposition ist der 14. Mai 1926. Die Astronomen-Familie der Struves hat sich um die Erforschung des Saturnsystems überhaupt große Verdienste erworben.

Man muß der Zeit und Sitte Rechnung tragen; die lächerlichsten aller Träume sind die Träumereien der Weltverbesserer. M o l l e r e.

Aus dem Stadtkreis

Die Erhöhung des Kalbfleischpreises.

Man schreibt uns von sachlicher Seite: Zu der leider notwendig gewordenen Kalbfleischpreiserhöhung vergangener Woche bemerkte die „Karlsruher Zeitung“, entgegen dem üblichen Zeitungswortlaut, unter dem Titel „Preisabbau“, daß die Metzger-Zunft ihre leistungsfähigen, geringfügigen Preisabschläge durch Zuzugabe gemacht hätte, daß die Zunft mit einem ganz bedeutenden Aufschlag von 20 Pfennig pro Pfund das Kalbfleisch ab Donnerstag, den 17. ds. Mts., in die Höhe geholt habe.

Ganz abgesehen davon, daß die Abfassung dieses Artikels, dazu noch im Staatsanzeiger, und für sich keineswegs zur Beruhigung des lesenden Publikums beiträgt, entbehrt der Artikel durch die Aufbauschung der Erhöhung jeglicher Objektivität in der Wiederholung des wirklichen Sachverhaltes.

Es diene daher zur Aufklärung folgendes: In erster Linie wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Fleischabschlags- bzw. Fleischpreiserhöhungen nicht von der Metzger-Zunft der Preise mitgeteilt werden, sondern vom Stadt-Preisprüfungsamt als amtliches Organ. Diese Tatsache ist schon schon voran, daß die jeweiligen Fleisch- und Wurstpreise im engsten Einvernehmen mit der zuständigen Lebensmittelbehörde seitens der Zunft geregelt werden und vollständig die amtliche Willkür finden.

Was nun die Erhöhung des Kalbfleisches betrifft, so müßte der kalkulationsmäßige Preis heute schon pro Pfund 1,50 Mk. betragen; der bisherige Aufschlag auf Bratenfleisch beträgt nur 14 Pfennig und nicht durchgängig 20 Pfennig, und wenn der Aufschlag heute 10-15 Prozent ausmache, so ist dies lediglich darauf zurückzuführen, daß die Zunft schon seit 14 Tagen infolge höherer Kalberpreise die Verkaufspreise entsprechend hätte berichtigen müssen und nicht lediglich im Interesse des Konsums mit der schon längst notwendig gewordenen Erhöhung zurückgehalten hat.

Im übrigen ist es eine gewohnheitsmäßige Erscheinung, die sich im ganzen Reich alljährlich zwischen der Fastenzeit und den Osterferien bemerkbar macht, daß die Kalberpreise eine steigende Tendenz aufweisen. Diese natürlichen, dem Jahrmomente bekannten Marktveränderungen lassen sich mit dem Preisabbau nicht in Zusammenhang bringen.

Man sieht somit, daß die Metzger-Zunft im Hinblick auf die schwere Wirtschaftslage ständig bemüht ist, notwendige Erhöhungen hintanzustellen, solange es tragbar ist und im Interesse der dringend notwendigen Umsätze zur Existenzhaltung, Preisermäßigungen in schonendster Weise im Einvernehmen mit der Prüfungsbehörde nur vornimmt, wenn solche infolge veränderter Marktverhältnisse unweigerlich bedingt werden.

Ablauf der Frist für die Anmeldung der Reichsanleihen alten Besitzes.

Am 31. März läuft die Frist für die Anmeldung der Anleihen alten Besitzes ab. Die Anmeldung muß bei einer Bank, Sparkasse oder Genossenschaft bis zu diesem Termin auf einem vorgeschriebenen Formular erfolgen. Die Frist kann auch für die Mitbesitzeranleihen des Reiches nur noch die Rechte der Neubesitzer verlangt werden.

Badische Gebentage.

Am 24. März 1815 wurden auf dem Wiener Kongress die Rheinisch-Westfälischen Provinzen durch die Wiener Konvention, die die Einleitung einer Zentralstiftungskommission bestimmte, angeordnet.

Am 24. März 1881 starb zu St. Louis in Nordamerika Friedrich Secker, ein Führer der radikalen Opposition im bad. Landtag und Organisator der revolutionären Erhebung im April 1848.

Todesfall.

Im 67. Lebensjahr ist hier Dr. Ing. c. Architekt Albert Hofmann gestorben. Der verstorbenen Kunsthistoriker, übernahm der Verordnete die Leitung der führenden „Deutschen Bauzeitung“. Seine besonderen Verdienste um das deutsche Bauwesen sollen noch gewürdigt werden. In letzter Zeit widmete er sich auch den Fragen des Kunstgewerbes und war um die Förderung der Bestrebungen des Kunstgewerbevereins bemüht.

Eine ehrenvolle Berufung.

Herr Dr.-Ing. Gustav Kögel von der Technischen Hochschule wurde zum Kommissionsmitglied der wissenschaftlichen Abteilung des Völkerverbandes ernannt.

Überlebenden-Gedenkteile.

Dem Bericht, daß Herr Kaver Reinhardt durch humoristische Vorträge zum Gelingen der Veranstaltung sehr wesentlich beitrug, dankt die Reichsregierung die Anleihen. Für den Gedenkteil ist ein Programm aufgestellt, das anerkennend tiefen Eindruck machen wird. Es ist mit einem zahlreichen Beisatz an allen Kreisen der Bevölkerung zu rechnen, so daß es sich empfiehlt, frühzeitig zu kommen. Jedermann hat freien Zutritt. Eintrittskarten werden nicht ausgeben.

Falsche Fünftenmarktscheine.

In einer Bekanntmachung der Rentenbank werden die Merkmale der falschen Rentenmarktscheine zu 5 M zur Kenntnis gebracht. Die Fälschungsklasse 75 trägt durchgängig die in zu dunklem Ton gedruckte Zahl F 1001510 und ist meist durch die nachlässige Verfertigungsart leicht erkennbar.

Vernehmlichungen.

Der Reichsverband des deutschen Handwerks hat Veranlassung genommen, in einer Eingabe an den Reichswohlfahrtsminister

entschieden Stellung gegen eine geplante Änderung der Fernspreckgebühren zu nehmen, weil er in der Wiedereinführung einer Grundgebühr und einer daneben zu zahlenden Gesprächsgebühr eine ganz erhebliche Schädigung der mittelständischen Interessen erblickt.

Verkehrsunfall.

Beim Überqueren der Straßenkreuzung Karl- und Sünderstraße wurde ein 18 Jahre altes Dienstmädchen von einem Personentransportwagen angefahren und zu Boden geworfen. Das Mädchen trug an Kopf, Gesicht und rechtem Unterschenkel starke Hautabschürfungen sowie eine Quetschung am linken Oberarm davon. Von Vorübergehenden wurde die Verletzte nach ihrer Wohnung gebracht.

Festgenommen wurden ein Mauerer von hier wegen Diebstahls, eine Dienstmagd von Gröbzingen wegen Diebstahls, ein Arbeiter von Freiburg ebenfalls wegen Diebstahls, ein Maschinist von Darmstadt, der von der Staatsanwaltschaft hier wegen Diebstahls gesucht wurde, ein Schlosser von Umann wegen Bruchs der Anweisung, ein Blechler und ein Dreher von hier, die zum Strafvollzug gesucht wurden, ferner 22 Personen wegen sonstiger strafbarer Handlungen.

Mitteilungen des Bad. Landestheaters.

Durch die in dieser Woche unter der Spielleitung Felix Baumhach stattfindenden Hauptproben zur Uraufführung des dramatischen Gedichts „Lantelos“ von Felix Braun am Samstag, 27. März, sind außer dem

beteiligten Darstellerverband auch die Künstlerischen und technischen Hilfskräfte der Bühne in besonderem Maße in Anspruch genommen. Emil Vorkamp wird dem Werk den dem Regiegedanken entsprechenden technischen Maßnahmen schaffen, während Marianne Schellenberg für die kostümliche Ausstattung Sorge trägt. — Die Titelfolle spielt Stefan Dahlen.

Intendant Volkner hat Georg Kaisers neues Bühnenwerk „Zweimal Oliver“ gleichzeitig mit dem Dresdener Staatstheater zur Uraufführung am 15. April erworben. Ferner wurde für diese Spielzeit das Lustspiel „Der Strohhut“ aus dem Spanischen von Martinis Sierra zur deutschen Uraufführung angenommen.

Infolge Erkrankung des Herrn Theo Strauß muß heute abend statt „Triften und Holde“ Bödens Oer „Der Widerpenkigen Jähmung“ in Szene gehen. Aus demselben Grunde wird am Sonntag, den 28. März, abends 7 Uhr, statt Beethovens „Abello“ Verdis „Masfenball“ gegeben.

Veranstaltungen.

Kaffe Bauer. Heute abend findet ein Sonderkonzert der verstärkten Kapelle statt. Wie immer trägt das Programm jedem Geschmack Rechnung. (Siehe die Anzeige.)

Standesbuch-Auszüge.

Todesfälle. 22. März: Marie Stöcker, 82 Jahre alt, Witwe von Lorenz Stöcker, Fabrikarbeiter; Maria von Klesler, 50 Jahre alt, Witwe von Karl Klesler, Rittmeister; Albert Hofmann, 66 Jahre alt, Dr. Schriftsteller, Witwer. 23. März: Silda Körner, 16 Jahre alt, ohne Beruf, ledig; Anna, 6 Monate, 17 Tage alt, Vater Johann Marius, Generalverreter.

Karlsruher Schwurgericht.

Brandstiftung.

— Karlsruhe, 23. März. Am zweiten Tag dieser Schwurgerichtstagung wurde am Vormittag die Anklage gegen Landwirt Cornelius Frits (89 Jahre) aus Büßlerial und Tagelöhner Christoph Dietl (55 Jahre) aus Weidhaus wegen

Brandstiftung.

verhandelt. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Dr. Rudmann. Der Zuscherraum ist dicht besetzt.

Die Anklage legt Frits habe am 13. Dezember v. J. seine Holzwohnbarade bei Schwarzenbach angezündet, um sich in den Besitz der Versicherungssumme zu setzen. Dietl soll Frits dazu angezettelt haben. Frits bekennt sich schuldig, Dietl nicht.

Der Angeklagte Frits betrieb in der Barade eine Kantine und einen Krämerladen. Die Barade war insgesamt mit 8000 Mk. bei der Brandversicherungsgesellschaft versichert. Im Winter wollte Frits wieder nach Hause, da nicht viel zu verdienen war. Dietl habe gesagt, er wolle die Barade in Brand stecken, aber nicht sofort. Frits war damit einverstanden und bot Dietl 200 Mk. Frits schätzte den Wert von Barade und Waren als er im Winter fortlag, auf 4000 Mk. Eines Tages im Winter wollte er seine Barade kontrollieren und ließ beim Fortgehen ein Licht brennen, das ohne Salter auf dem Tisch stand. Frits fiel das beim Rückweg ein, aber er sagte sich, es sei ihm recht, wenn die Barade abrenne und ging weiter. Um die Kerze fanden Streichholzreste.

Der Vorsitzende hält Frits einen Brief vor, den er am Tage vor dem Brand an Dietl geschrieben habe und in dem er Dietl bittet, er solle jedem sagen, er sei am Sonntag, den 13. Dezember, bei ihm, Dietl, gewesen. Am Sonntag braunte dann die Barade ab. Dietl schrieb Frits einen Brief, in dem er von dessen „Besuch am Sonntag“ spricht, der nicht festgefunden hat.

Frits sagt aus, Dietl habe ihm vorher geschrieben, er solle die Barade selbst anzünden, er und seine Frau würden bezeugen, daß Frits bei ihnen gewesen sei. Dadurch habe er, Frits, sich bestimmen lassen.

Der Vorsitzende hält dem Angeklagten seine früheren Aussagen vor.

Der Angeklagte Dietl sagt, Frits habe ihn gebeten, die Barade anzuzünden, er werde ihm 200 Mk. geben. Er habe es aber nicht getan. Frits habe jedoch annehmen können, daß er es einmal täte. Den Brief habe er geschrieben, um seine Lauferei im Haus zu haben.

Reuigenvernehmung.

Zeuge Bachmeister Forngiebel hat Frits zuerst vernommen. Frits habe gesagt, er sei am 13. in Baden-Baden bei Dietl gewesen.

Zeuge Bachmeister Marquardt beschreibt die Lage der Barade. Die Bäume hätten sehr nahe gestanden, so daß auch eine Lanze angebrannt war. Frits habe viel getrunken und dann reuig geworden.

Zeuge Generalagent Preiß hat den Versicherungsvertrag mit Frits abgeschlossen. Er kann nichts Wichtiges ausfragen. Eine genaue Schätzung der Werte war nicht vorgenommen worden.

Zeuge Wagner sagt, wenn der Schnee nicht gewesen wäre, hätte der Wald Feuer gefangen. In dreiviertel Stunden war die Barade niedergebrannt.

Zeugin Frau Dietl will keine Anreden machen, auch Frau Frits nicht.

Nach der Vernehmung des Landgerichtsrats Dr. Knoff über die Voruntersuchung erstattet Medizinalrat Dr. Wallheuer das

Sachverständigenausachten

über den Geisteszustand des Frits, der nicht abnorm sei. Frits sei nervös und leicht erregbar. Einmal soll er einen Selbstmordversuch gemacht haben. Der § 1 komme gar nicht in Frage.

Damit ist die Beweisaufnahme geschlossen. Es beginnen sofort die

Plaidoyers.

Staatsanwalt Dr. Rönneberg beantragt Verurteilung beider Angeklagten wegen Brandstiftung bezw. Beihilfe dazu und Versicherungsbruch. Die Schilderung des Angeklagten könne nicht stimmen, aber er gebe ja zu, den Brand gelegt zu haben. Die Barade war für Wohnzwecke bestimmt. Das Motiv waren die

drückenden Schulden, die er mit der Versicherungssumme decken wollte. Von einer Anstiftung des Dietl könne nicht gesprochen werden, sondern nur von Beihilfe. Außerdem liegt Versicherungsbruch vor. Baradenstadt und Wald waren in ungeheurer Gefahr. Der Staatsanwalt beantragt für Frits 2 Jahre, für Dietl 1 Jahr Zuchthaus.

Verteidiger Dr. Jüngel macht geltend, daß Frits ursprünglich von anderen aus den Gedanken der Brandstiftung gebracht worden ist. Die Angaben des Angeklagten seien glaubhaft. Die Kantine habe er abbrechen wollen, die Barade sollte nicht weiter zur Wohnung dienen. Es liege nur Versicherungsbruch vor, der bei milderen Umständen mit Gefängnisstrafe bestraft werden könne. Er bitte, Frits mildere Umstände zuzubilligen und zur Mindeststrafe zu verurteilen.

Vorsitzender Dr. Weibauer fährt aus: eine Verurteilung des Dietl käme nicht mehr in Frage, nachdem die Anklage der Anstiftung zurückgenommen sei. Die Staatsanwaltschaft habe nicht die Ueberzeugung einer bestimmten Schuld bei Dietl. Es hätte auch keine Begünstigung vorgelegen. Der Angeklagte sei also freizusprechen.

Staatsanwalt Dr. Rönneberg betont, daß er nach wie vor der Ansicht sei, daß eine Anstiftung vorliege; er sei nur auf die Frage der Beihilfe eingegangen, weil diese auch angenommen werden könne.

Nach langer Beratung verkündet der Vorsitzende das

Urteil.

Die Barade sei nicht als Wohnhaus zu betrachten. Aber das Feuer war geäuert, die anderen Hütten zu gefährden, die Wohnzwecke dienten. Die Tat sei gemeingefährlich und nur aus eigennütigen Motiven entstanden. Trotzdem sind ihm mildere Umstände zuzubilligen worden. Da die Tat aus ehrlichen Motiven begangen wurde, waren die bürgerlichen Ehrenrechte auf einige Zeit abzunehmen. Der Angeklagte Dietl hat sich lediglich der Beihilfe schuldig gemacht. Er hat die Tat gefördert und die Begünstigung vorher zweifellos schon zugesagt. Er ist natürlich wieder zu bestrafen. Das Gericht kam daher zu folgendem Urteil:

Frits wird wegen vorläufiger Brandstiftung zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr, 6 Monaten, Dietl wegen Beihilfe zu 4 Monaten verurteilt.

Frits wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre aberkannt. Frits werden 3 Monate, Dietl 1 Monat der Untersuchungshaft angerechnet.

Weineid.

In der Nachmittagsstunde wird gegen Katharina Scheib aus Weidelsheim wegen Meineid verhandelt. Die Anklage besagt, daß die Angeklagte als Zeugin in einem Privatklageverfahren unter Eid der Wahrheit zuzuhilfen angehalten habe. Sie habe angegeben, sie sei mit einer Familie Höpfinger verheiratet gewesen. Höpfinger habe ihr und ihrem Mann Schläge mit einem Karst gegeben. Sie und ihr Mann hätten nichts in der Hand gehabt, nicht geschlagen und Höpfinger nicht angegriffen. Diese Aussagen hielt sie nach nochmaliger Eidesbelehrung und Hinweis auf das Zeugenverweigerungsrecht aufrecht, und zwar mehrmals. Darauf wurde Frau Scheib vorläufig festgenommen, da ihre Aussagen im Widerspruch zu den anderen Zeugen standen.

Die Angeklagte Scheib schildert ausführlich ihr Verhältnis zu der Familie Höpfinger. Am dem fraglichen Tage war ihr Mann angetrunken. Höpfinger habe erst sie und dann ihren Mann mit einem Karst geschlagen. Ihr Mann sei dann hingefallen und sie habe sich um ihn gekümmert. Dabei habe Höpfinger ihr noch einen Schlag verlezt.

Der Vorsitzende hält der Angeklagten vor, daß der Vorgang von Zeugen anders geschildert wird. Darauf beantragt die

Zeugenvernehmung.

Zeuge Dr. Lembke hat nach dem Vorfalle bei Frau Scheib eine leichte Quetschung am Kopf und leichter Wundstich auf der Brust festgestellt. Auch die Verletzungen des Mannes seien nicht schwer gewesen. Die Schläge hätten nicht schwer sein können. Die Scheib sei nicht besonders intelligent.

Zeuge Amtsgerichtsrat Dr. Koranoff hatte die Verhandlung in Durlach geleitet. Er schildert die eindringliche Eidesbelehrung, die er vorgenommen habe, und die dauernden Ermahnungen, bei der Wahrheit zu bleiben. Er habe ihr auch Gelegenheit zum Widerruf gegeben. Erst dann sei er zur Verhaftung geschritten. Am nächsten Tage habe er sie wieder vernommen. Das Protokoll hat die Anklage zweimal bestätigt. Die Anklage habe ein halbes Geständnis abgelegt. Bei den Anreden selbst sei sie vollkommen ruhig und bewußt gewesen.

Zeuge Bachmeister Mahrer: Scheib und Höpfinger seien beide nicht friedfertig. Die Scheib habe ein Pflegekind gehabt, das man ihr aber wieder weggenommen habe, weil ihre eigene Tochter in Fürsorgeerziehung sei.

Zeuge Gut sagt: Scheib sei an dem Tage stark betrunken gewesen. Dann habe er in dem Stodwerk, wo Scheib und Höpfinger wohnen, Gevölker gehört. Er habe der Frau Zeh gesagt, sie solle Herrn Höpfinger holen, der Frau Höpfinger könne etwas passieren. Höpfinger sei nach Hause gekommen. Nach einer Viertelstunde sei Höpfinger mit seinem Karst fortgegangen. Er habe dann einen Schlag erlitten und Höpfinger habe gerufen: „Was, Du schlägst mich auch noch“. Was dann geschah, weiß der Zeuge nicht. Die Familie Scheib sei der schuldige Teil. Höpfinger seien ankündigende Menschen, Scheib seien freisüchtige.

Zeugin Frau Henkele sagt: Gut wäre nicht gegen Frau Scheib eingekommen.

Zeugin Frau Zeh schildert die Vorgänge während des Streites. Scheib sei schwer betrunken nach Hause gekommen, während Höpfinger fortging. Zwischen Scheib und Frau Höpfinger habe es dann Streit gegeben. Scheib habe gerufen, Frau Höpfinger solle herauskommen, er wolle sie tötschlagen mit ihrer Hande. Sie sei drei Jahre in der „Verwahrlosten-Anstalt“ gewesen. Sie hat dann Höpfinger Bescheid gesagt. Höpfinger sei zur Polizei gegangen, der Beamte sagte aber, er habe keinen Dienst. Höpfinger solle sich selbst mit den Leuten auseinandersetzen. Höpfinger fand dann im Haus alles ruhig. Da ging er wieder fort; auf der Treppe wäre er dann aber von Herrn und Frau Scheib überfallen worden. Herr Scheib habe einen Stock gehabt und damit auf Höpfinger geschlagen. Frau Scheib habe auch geschlagen, und zwar mit einem Stock. Woher sie den gehabt hatte, weiß sie nicht. Darauf habe Höpfinger mit seinem Karst geschlagen. Die Scheibs seien dann hingerufen. Die Zeugin hat mit Frau Scheib einmal prozessiert.

Zeuge Höpfinger sagt aus, es habe dazwischen Anstöße gegeben. Am dem Tage hätten beide Scheibs zugleich auf ihn geschlagen, und zwar mit einem Stock. Er hätte sich dann gewehrt.

Zeugin Frau Höpfinger sagt: beide Scheibs hätten Stücke in der Hand gehabt und auf ihren Mann eingeschlagen.

Der Sachverständige, Bezirksarzt Dr. Bruch, führt aus: die Scheib hätte bei der ersten Gerichtsverhandlung einen Schwächeanfall vorgetan. In der Haft habe sie dann die Reuigenaufnahme erst verweigert, später aber angenommen. Eine Verletzung des Schädeldaches der Frau Scheib sei nicht festgestellt, auch seien keine Anzeichen einer Gehirnerkrankung vorhanden gewesen. Frau Scheib klagt über Kopfschmerzen seit dem Schlag. Anzeichen einer geringen Minderwertigkeit seien bei der Anklage nicht vorhanden, so daß auch keine Gedächtnisstörungen möglich seien. Der § 51 komme nicht in Frage.

Zeuge Untersuchungsrichter Hoffmann hat den Eindruck, daß Frau Scheib unintelligent sei und sehr ungeschickt in ihren Bemerkungen. Es sei keine klar und genau denkende Frau, aber nicht übermäßig aufgeregt.

Damit ist die Beweisaufnahme geschlossen. Nach einer kurzen Pause beginnen die

Plaidoyers.

Erster Staatsanwalt Dr. Wörde führt aus: Bei dem Vorfalle scheint die Schuld bei dem Ehemann Scheib zu liegen. Die Zeugenangaben unter Eid haben einheitlich erklärt, daß die Eheleute Scheib mit Stöcken geschlagen haben. Die Angeklagte hat bei der Vernehmung genau gewußt, worum es sich handelt. Von einer Erregung bei den Aussagen kann keine Rede sein. Die Angeklagte wird also zu verurteilen sein. In der gemessenen Evidenz und frivolen Weise hat sie ihre Eidespflicht verletzt. Ich beantrage eine Zuchthausstrafe von 1 Jahr, 6 Monate.

Verteidiger Dr. Trautwein sagt: in dem Haus seien Streitereien und Schlägereien an der Tagesordnung. Alle Zeugen standen in erbitterter Feindschaft zur Familie Scheib. Es sei nicht erwiesen, daß die Angeklagte einen Stock gehabt habe. Die Anreden von dem Untersuchungsrichter seien widersprüchlich und unklar gewesen. Die Frau sei also nicht ernst zu nehmen; sie sei selbst sehr überreue von ihren Anreden. Wer ein schlechtes Gewissen hat, bleibt nicht so fest auf seinen Worten bestehen. Der Verteidiger beantragt Freisprechung.

Nach längerer Beratung verkündet der Vorsitzende das

Urteil.

Das Schwurgericht verurteilt nicht die Ueberzeugung zu gewinnen, daß die Angeklagte bewußt die Unwahrheit gesagt hat. Es hat daher die Angeklagte freigesprochen.

Lebe vernünftig
trinke Kathrein's Malzkaffee!

Die Grundsätze der deutschen Wirtschaftspolitik.

Eine Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius.

Aktive Handelsbilanz, passive Zahlungsbilanz - Handelsverträge, aber Valutadumping - Kampf gegen die englischen Kohlensubventionen - Sozialpolitik und Dawesplan - Wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen - Konjunkturforschung - Teilnahme der Wirtschaft an Rechtsprechung und Verwaltung - Ausbau der Kartellverordnung

Aus der Rede des Reichswirtschaftsministers haben wir bereits einen Auszug veröffentlicht. Um unseren Lesern Gelegenheit zu geben, die grundsätzliche Einstellung des Ministers zu den wirtschaftlichen Fragen der Gegenwart ausführlich kennen zu lernen, seien im folgenden die wichtigsten Teile der großangelegten Rede wiedergegeben. Der Minister betonte, daß er im wesentlichen nur im Rahmen der Zuständigkeit des Reichswirtschaftsministeriums auf die gegenwärtige Wirtschaftspolitik und in erster Linie auf die Handelspolitik eingehen wolle.

Grundbedingung für eine Verständigung in Fragen der Handelspolitik ist Klarheit über Wert und

Wert des gegenwärtigen deutschen Außenhandels

und über die in ihm wirkenden Tendenzen. Der Handelsüberschuss Deutschlands im Jahre 1925 betrug sich in Ein- und Ausfuhr auf 2,2 Milliarden Mark, eine gegenüber der Bilanz des Jahres 1924 bedeutende Steigerung von 30 Prozent. Aber auch damit beherrschten wir erst wieder 85 Prozent des Welthandels gegenüber 13,1 Prozent im Jahre 1913. Dabei rückt unsere Einfuhr mit 8,6 Prozent weit näher an den Wert der Einfuhr im Jahre 1913 heran, als unsere Ausfuhr mit nur 6,3 Prozent.

Bei einem Vergleich von 1925 und 1913 in den Hauptgruppen des Außenhandels ergibt sich unter Zugrundelegung der Vorkriegswerte, daß der Einfuhrüberschuss an Lebensmitteln und Getränken in beiden Jahren etwa gleich groß ist, während der Einfuhrüberschuss an Rohstoffen noch um fast eine halbe Milliarde, der Ausfuhrüberschuss an Fertigwaren sogar noch um zwei Milliarden gegen den Friedensverhältnissen zuzunehmen. Vor dem Kriege konnten wir den Einfuhrüberschuss an Lebensmitteln und Getränken fast ganz durch den Ueberschuss der Industrie - Ausfuhrüberschuss der Fertigwaren abzüglich Einfuhrüberschuss der Rohstoffe decken. Heute dagegen bedarf der Einfuhrüberschuss an fertigen Waren in Höhe von 4,6 Milliarden nur gerade den Einfuhrüberschuss an Rohstoffen und halberfertigen Waren. Dem Einfuhrüberschuss an Lebensmitteln und Getränken in Höhe von rund 3,6 Milliarden steht in der Handelsbilanz des Jahres 1925 kein Aktivposten zum Ausgleich gegenüber.

Diese Passivität der Handelsbilanz von 3,6 Milliarden Mark haben wir hauptsächlich durch Aufnahme gewaltiger Auslandskredite und Anleihen, und nur zum kleinen Teil aus Aktiven der Zahlungsbilanz, wie die ausländischen Einnahmen der deutschen Seeschifffahrt, der Banken und Versicherungsgeellschaften gedeckt. Kein Zweifel, daß sich bei Fortdauer dieses Zustandes schwere Gefahren für die Erhaltung der Substanz der deutschen Wirtschaft einstellen müssen. Fragt man der Handelsbilanz des Jahres 1925 die Monatsbilanz des Jahres 1926 und die vorläufige des Februar 1926 hinzu, so ist zu erkennen, daß seit Dezember die Passivität des Außenhandels in eine Aktivität umgewandelt ist. Im Dezember hat sich eine Aktivität von 3,6 Millionen gezeigt, die sich im Januar auf 68,1 Millionen, im Februar auf 121 Millionen steigerte.

Dieser Wechsel beruht in erster Linie aber auf einem starken Rückgang der Einfuhr, und erst in zweiter Linie auf einer geringen Steigerung der Ausfuhr. Der Umschwung ist auf große Vorbedingungen vor dem Inkrafttreten der neuen Zölle, auf Einwirkung der Zölle selbst, auf die gute Ernte des Jahres 1925, leider aber mehr noch auf das Schwächen der Kaufkraft und die akute Krise der deutschen Wirtschaft zurückzuführen, woraus sich ergibt, daß Aktivität der Handelsbilanz nicht notwendig die Aktivität der Wirtschaft bedeutet.

Diese Tendenzen des deutschen Handels muß man im Auge behalten, wenn man die Grundsätze unserer

Handelspolitik

beachtet. Die beherrschende Tatsache der bisherigen Darlegungen ist die ungeheure Belastung der ungedeckten Lebensmittelaufnahme. Die gewaltigen Anstrengungen der deutschen Landwirtschaft, das deutsche Volk aus dem deutschen Boden allein zu ernähren, sind rückhaltlos anzuerkennen. Realpolitisch ist aber weder in der Gegenwart noch in der nächsten Zukunft damit zu rechnen, daß wir uns aus der eigenen Scholle vollständig ernähren können. Auch aus Gründen der Handelspolitik können wir uns nicht gegen den Bezug landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus dem Ausland einfach abgrenzen.

Die Schwierigkeiten, die unsere Ausfuhr fast überall in der Welt vorfindet - entweder in Gestalt von Höchstquoten oder infolge einer Dumping-Konkurrenz oder staatlichen Subvention - sind bekannt. Ein wesentliches Mittel, diese Schwierigkeiten zu überwinden, liegt in einer erhöhten Aktivität unserer Handelsvertragspolitik. Wohl ist es bisher schon gelungen, auf den außereuropäischen Märkten zum Teil in erfreulicher Weise wieder festen Fuß zu fassen. Die Bezugsgebiete für unsere Einfuhr und als Absatzgebiete für unsere Ausfuhr spielen aber heute wie vor dem Kriege die europäischen Staaten die Hauptrolle. Mehr als die Hälfte unserer Einfuhr kommt aus europäischen Ländern, drei Viertel unserer Ausfuhr bleibt in Europa; gerade hier aber erwachen uns besondere

Schwierigkeiten. Die großen europäischen Gläubigerstaaten Deutschlands, England und Frankreich, überschweben uns gegenüber den Vorkriegsverhältnissen mit einer stark vermehrten Einfuhr, während sie sich gegen unsere Ausfuhr mehr und mehr sperren. Es kommt also vor allem darauf an, auf einen besseren arbeitsteiligen Handelsausgleich in Europa selbst hinzuwirken.

Bei den abgeschlossenen Handelsverträgen und den schwebenden Verhandlungen war leitender Gedanke die Durchsetzung des Grundgedankes der Weltbegünstigung. Die Weltbegünstigung ist kein Dogma, sondern nur ein Mittel der Handelspolitik, das nicht auf alle Zeiten zu gelten braucht. Ein Abweichen von dieser Linie der Weltbegünstigung würde ein Experiment bedeuten, das ernste Gefahr für den Ausbau unserer Stellung in der Weltwirtschaft heraufbeschwören könnte.

Die tatkräftige Verfolgung dieser Handelsvertragspolitik ist auch durch den

Währungsverfall in anderen Staaten

erheblich verzögert und gestört und unser gesamter Innen- und Außenhandel durch das Valutadumping geschädigt worden; eine Folge vor allem des Umstandes, daß die Arbeitslöhne in den währungsstabilen Ländern im Sinken der Währung nur langsam folgen und die Konkurrenzverhältnisse dieser Staaten sich dadurch erweitern. Speziell für das deutsch-französische Wirtschaftsverhältnis müssen, wenn wir zum Abschluß eines Handelsvertrages gelangen, Bestimmungen für den Fall eines weiteren Frankensinnes getroffen werden.

Die Entwicklung unserer

Handelsbeziehungen zu England

verfolgt die Regierung mit großer Sorge. In immer zunehmendem Maße geht die englische Regierung zum Vorschlag ihrer eigenen Wirtschaft über. Ein Vergleich über die beiderseitigen Forderungen wäre nach unserer Auffassung auf dem Boden eines vollständigen Handelsvertrages, d. h. eines Weltbegünstigungsvertrages mit Tarifabreden, durchaus möglich und läge auch im Interesse beider Teile. Die Schwierigkeiten bestehen aber gerade darin, daß sich die englische Regierung zur Zeit weder zum Freihandel noch zum Schutz Zoll offen bekennt. Wir müssen mit allem Nachdruck betonen, daß wir nicht gewillt sind, eine Verschlechterung unserer wirtschaftlichen Beziehungen hinzunehmen, welche die von uns den Engländern gegenüber gewährte Weltbegünstigung immer wertvoller macht, während die uns gegebenen Vorteile auf dem englischen Markt in immer größerem Maße unterbunden werden. Nach den getroffenen Vereinbarungen brauchen wir auf keinen Fall zu dulden, daß die Engländer die Zölle einführen, die gerade für den Handel Deutschlands abträglich sind. Gegebenenfalls werden wir gemäß den uns vertragsmäßig gesicherten Rechten von dem Schiedsgerichtsverfahren Gebrauch machen.

In seinem Bericht vom 30. November 1925 hat der Generalagent für Reparationszahlungen sehr ernste Ausführungen an die Adresse der Gläubigerstaaten mit Bezug auf ihre widerprüchliche Wirtschaftspolitik gerichtet. Daß die Reichsregierung grundsätzlich befreit ist, die mit dem Londoner Abkommen zur Durchführung dieses Planes übernommenen Verpflichtungen loyal durchzuführen, ist bekannt. Dabei hat die Reichsregierung selbstverständlich die Aufgabe, darüber zu wachen, daß die

Durchführung des Dawesplanes

nicht Unmögliches erfordert und sich nicht von dessen Grundlagen entfernt. Zu diesen Grundlagen gehört die Aufrechterhaltung einer angemessenen Lebenshaltung, ein erraglicher Steuerdruck und die Garantieierung der Mindestbedürfnisse für innere Ausgaben. Nach dem bisherigen Stande reiden die bei der Durchführung des Planes gemachten Erfahrungen noch nicht aus, um zu einem abschließenden Urteil darüber zu gelangen, wie stark der Druck sein wird, den eine Auswirkung auf die deutsche Wirtschaftslage üben kann, wenn der Plan in vollem Umfange wirksam sein wird. Denn die volle Ausführung der Pläne steht uns ja noch bevor. Eine unmittelbare Gefährdung der deutschen Sozialpolitik durch die Durchführung des Dawesplanes ist bisher nicht festzustellen. Dennoch kann man sich großer Sorge wegen einer Beeinträchtigung unserer Sozialpolitik nicht entschlagen. Sorgen, die auch durch gewisse Ausführungen der Reparationsagenten selbst geweckt werden. Wenn der Reparationsagent auf die weitgehenden Befugnisse des Ueberschusskomitees hinweist und feststellt, daß es sich in immer stärkerem Maße zur Geltung bringen werde, um eine künstliche Handelsbilanz zu schaffen und dadurch fortgesetzte Ueberschüsse möglich zu machen, so muß von unserer Seite entschieden betont werden, daß wir einen solchen Druck nur bis zu der Grenze ertragen wollen und können, wo eine Verleumdung des deutschen Volkes beginnen würde.

Was die

wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen

der Reichsregierung anbetrifft, so ist eine Sanierung und Unterstützung einzelner Unternehmen nur in ganz besonderen getarnten Fällen insbesondere bei außenpolitischen Gründen, möglich. Weitgehende Unter-

stützung wird das Reich nicht leisten. Die Produktionen der Wirtschaften. So suchte die Regierung durch Finanzierung vorwärtiger Reichsbahnverträge den Abzug der Eisenbahnlieferanten anzuregen. Durch eine Ausfallgarantie der öffentlichen Hand solle der Export nach Ausland gefördert werden. Die Exportkreditversicherung wird nunmehr eingerichtet, nicht um Exporteure zu züchten, sondern um den Export zu steigern. Der Baumarkt soll durch einen Zwischenkredit von 200 Millionen Mark belebt werden.

Die Abnahmehältnisse des

Ruhrkohlenbergbaues

verdienen besondere Beachtung. Neben der allgemeinen Absatzkrise im Inlande wirkt auf den Ruhrkohlenbergbau vor allem die bekannte Subventionierung der englischen Regierung. Sollten diese Subventionierungen über den 1. Mai hinaus fortgesetzt werden, so kann ich zugleich namens des Reichsfinanzministers erklären, daß Mittel zur Unterstützung auch des deutschen Steinkohlenbergbaues freigemacht werden sollen.

Die Kreditpolitik der Reichsbank

ist in letzter Zeit lebhaft erörtert worden. Die von der Reichsbank am 7. April 1924 festgesetzte Kontingentierung der Kredite ist seit 1. November nicht mehr voll ausgenutzt und Mitte Februar sogar um 30 Prozent unterzogen worden. Darin zeigt sich der Konjunkturrückgang. Bei der wieder eingetretenen neuen Geldflüssigkeit liegt die Ermäßigung nahe, ob nicht eine neue Herabsetzung des Reichsbankdiskonts am Platze sei. Zusammen mit der Reichsbank wird das Reichswirtschaftsministerium seine Bemühungen um die Hebung des Realcredits fortsetzen. Die Aktion zur Herabsetzung des Zinsfußes für Pfandbriefe durch Verbindung der Ausgabe des zehnprozentigen Typs hat vollen Erfolg gehabt. Im Zusammenhang damit steht auch die Verbilligung der Kredite. Im ganzen wird man anerkennen müssen, daß eine ständige Verbesserung der Bedingungen und eine, wenn auch langsame Verminderung der Spanne zwischen Debet- und Kreditzinsen erfolgt. So haben auch neuerdings die Banken nicht ohne Zusammenhang mit einer Einwirkung des Ministeriums ihre Zinssätze, die bisher 2 Prozent über Reichsbankdiskont lagen, auf 1 Prozent über Reichsbankdiskont herabgesetzt. Die Leiter der Banken haben bei den Verhandlungen in Aussicht gestellt, daß auch die Provisionsminderungen, die zurzeit noch 1/2 Prozent pro Monat betragen, auf 1/4 herabgesetzt werden sollen, sobald die wirtschaftlichen Verhältnisse dies irgenwie erlauben. In naher Zukunft wird geprüft, ob jene Voraussetzungen erfüllt sind.

Zu den im Mittelpunkt des Interesses stehenden Uebergangsmassnahmen der

Preislenkungsaktion

äußerte der Minister: Wir betreiben keine mechanische Preisregulierung. Behördliche Preisfestsetzungen werden sich nicht wiederholen. Wir müssen jedoch überleben und volkswirtschaftlich schädliche Bindungen und Gewohnheiten lockern und aus dem Wege räumen, um einer gesunden Preisbildung die Wege zu ebnen.

Unter der wirtschaftspolitischen Uebergangsmassnahmen der Reichsregierung rechnet der Minister auch das gesamte Steuerlenkungsprogramm, dessen alsbaldige Verabschiedung zur Erleichterung der Wirtschaft von öffentlichen Lasten dringend erforderlich ist. In gleicher Richtung liegen die Vorschläge zur Senkung von Patent-, Gerichts- und Anwaltsgebühren, über die entsprechende Gesetze vom Reichskabinett inzwischen dem Reichsrat vorgelegt waren.

Ehe der Minister von den Notstandsaktionen und Uebergangsmassnahmen zu den von der Reichsregierung für lange Zeit vorbereiteten Aufgaben überging, sprach er von zwei Erkenntnismiteln, die wir gerade für solche Aufgaben besitzen, schaffen oder ausbauen müssen:

Statistik und Enquete.

Die Statistiken, die zurzeit das größte Interesse beanspruchen, sind die Handels- und Produktionsstatistik, die Volks-, Berufs- und Betriebszählung und die Steuer- und Finanzstatistik.

Die Handelsstatistik hat besondere Bedeutung im Hinblick auf die Handelsvertragsverhandlungen und auf die Frage der Zahlungsbilanz, Kredit- und Handelsbilanz. Die Angriffe, denen die Handelsstatistik im vergangenen Sommer ausgesetzt war, sind unbedarft gemessen, haben aber beträchtlichen Schaden verursacht. Nur diesen unbegründeten Anwürfen ist es zuzuschreiben, wenn der Reparationsagent in seinem Bericht vom 30. November 1925 Fehlermöglichkeiten von 10 Prozent annahm, während tatsächlich die unvermeidlichen Fehler noch nicht einen Bruchteil dieser Zahlen betrauen.

Die Produktionsstatistik hat eine wesentliche Erweiterung erfahren. Im Jahre 1925 sind zu der Kohlen-, Eisen-, Hüttenindustrie weitere 23 Gewerke in die Statistik einbezogen worden (chemische Industrie, Elektrizitätswirtschaft usw.), für die wichtigsten Zweige der Textilindustrie würden Erhebungen vorbereitet. Eine umfassende volkswirtschaftliche Inventuraufnahme ist am 16. Juni v. J. in Gestalt einer allgemeinen Volks-, Berufs- und Betriebszählung durchgeführt wor-

den. Die Ergebnisse der Berufs-, der Landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebszählung werden im Herbst zur Verfügung stehen.

Auf dem Gebiete der Finanzstatistik hat die Neuordnung der Steuer- und Finanzverwaltung des Reichs eine völlig neue und weit gespannte Aufgabe gebracht. Die statistischen Ergebnisse sollen für die Zwecke des Finanzausgleichs rechtzeitig fertiggestellt und darüber hinaus die Unterlagen für die Beurteilung der wirtschaftlichen Wirkung unserer Steuererlasse vorgelegt werden. Die Erfassung der wachsenden Vermögen der Gemeinden ist zwar nicht in den Fragebogen der Gemeindefinanzstatistik vorgesehen, sie wird aber erfolgen. Im Zusammenhang mit der Vermögenssteuerstatistik.

Die Statistik muß unbeirrt von aller Parteilichkeit ihren Bestreben Objektivität und Neutralität weitergehen wie bisher. Im Interesse ihres Ansehens im Inlande und insbesondere im Auslande ist es daher im höchsten Grade wünschenswert, wenn die amtliche Statistik dem politischen Tageskampf entzogen bleibt. Zu begründen ist die Begründung des

Institut für Konjunkturforschung.

Erfreulicherweise werden bereits jetzt in anderen Zentren des Reichs Zweigstellen errichtet, so z. B. im Ruhrgebiet, in Mitteldeutschland, vorwiegend natürlich auch in Süddeutschland. Ferner werden der ersten großen Publikation schon bald laufende Monatsberichte folgen, denen sich Wochen- und Vierteljahrsberichte anschließen sollen. So wird das Konjunkturinstitut eine Art von wirtschaftlicher Wetterkarte darstellen, die die Bewegung der Wirtschaft, die sich entwickelnden Spannungen beobachtet und signalisiert.

Während über Bedeutung und Wert der Statistik allgemeine Uebereinstimmung herrscht, stehen weite Kreise einer

Wirtschaftsenquete

feindlich gegenüber. Für das Gelingen kommt es wesentlich auf die Persönlichkeiten und die Organisation an. In erster Linie handelt es sich bei der Enquete darum, an Stelle der widerstrebenden, oftmals politisch beeinflussten Meinungen einen objektiveren Bericht über den Stand wirtschaftlicher Verhältnisse zu erhalten. Wir bedürfen eines solchen schon für unser zukünftiges Wirtschaftsprogramm; sobald zur Klärung der Fragen, die mit der Erfüllung des Sachverständigenrats zusammenhängen, zur Vorbereitung des Finanzausgleichs und eines alle Zweige der deutschen Gesamtorganisation ergreifenden Spar-

Ohne Zweifel macht unsere Wirtschaft einen

Umlenkungsprozeß

größten Ausmaßes durch, dessen Kennzeichen Rationalisierung ist, d. h. Vermeidung von Verschwendung an Material und Arbeit, vor allem Anpassung und Konzentration. Fortschritt und Not, die im Zuge dieser Umlenkung unvermeidlich sind, werden ertragen werden müssen, weil nur dieser Weg Deutschland wieder ins Freie führen wird. Angesichts des ungeheuren Umfangs der Arbeitslosigkeit ist es schwer zu prognostizieren, inwieweit und vor allem wie bald Wiederaufnahme und Auffassung der Arbeitermassen durch die umgestellte Wirtschaft erfolgen kann. Vorauszusetzen werden wir auf längere Zeit mit einer höheren Arbeitslosenrate als noch vor Jahresfrist rechnen müssen. Immerhin hat die Erfahrung gezeigt, daß Revolutionen der Technik und Organisation stets mehr Köpfe und Hände in ihren Kreis gezogen haben, als vorher in der Produktion beschäftigt waren. Sollten wir in absehbarer Zeit nicht dahin gelangen und nach Lage der Weltwirtschaft noch keine Aussicht dazu bestehen, so muß großzügige Siedelung, Verpflanzung von Arbeitskräften auf das Land helfen. In beschränktem Umfange werden bereits jetzt entsprechend der Umlenkung in der Regierungserklärung die Vorbereitungen für solche Maßnahmen getroffen. Der Umlenkungsprozeß ist in vollem Gange.

Die Reichsregierung kann nur mit kleinen Mitteln beleben und erleichtern, vorwiegend fördern und Störungen fernhalten. Von solchen Mitteln habe ich gesprochen. Hier liegt ein die neuerliche Erleichterung von Fusionen, die Unterstützung der Bestrebungen auf Normung, Typisierung, Hebung der Wirtschaftlichkeit und wohl auch des Berufsausbildungsbedarfes, das in meinem Amt fertiggestellt ist. Ich unterbreite die Unterstützung des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit, dessen Mittel beträchtlich erhöht werden sollen.

Die beste Hilfe jetzt und in nächster Zukunft kann der Staat dadurch geben, daß er seine eigene Rationalisierung vorwärts treibt. Die Reichsregierung ist seit entschlossen, die angekündigte Verwaltungsreform ins Werk zu setzen. Es wird hierbei auch Rücksorge zu treffen sein für richtige Mitwirkung der Wirtschaft an den Staatsfunktionen.

Ich hoffe, daß der Gesetzentwurf für den endgültigen Reichswirtschaftsrat in der Sommertagung verabschiedet werden kann. Auch hier - wie bei der Wirtschaftsenquete - sind die Meinungen geteilt. Die Reichsregierung jedenfalls legt größtes Gewicht auf die Mitarbeit des Reichswirtschaftsrats. Mit Recht wird wei-

Preis 0.90-1.05, Hafersirob, braungepreßt 0.90-1.40, ...

Bamburger Warenmarkt vom 23. März. Getreide: Der Markt war fest, jedoch blieb das Weizen...

Bambura, 23. März. (Ein. Drahtmelde.) Zucker...

Bambura, 23. März. (Ein. Drahtmelde.) Kaffee...

Bambura, 23. März. (Ein. Drahtmelde.) Baumwolle...

Bambura, 23. März. (Ein. Drahtmelde.) Baumwolle...

Bambura, 23. März. (Ein. Drahtmelde.) Baumwolle...

Bambura, 23. März. (Ein. Drahtmelde.) Baumwolle...

Bambura, 23. März. (Ein. Drahtmelde.) Baumwolle...

Bambura, 23. März. (Ein. Drahtmelde.) Baumwolle...

Bambura, 23. März. (Ein. Drahtmelde.) Baumwolle...

Bambura, 23. März. (Ein. Drahtmelde.) Baumwolle...

Bambura, 23. März. (Ein. Drahtmelde.) Baumwolle...

Bambura, 23. März. (Ein. Drahtmelde.) Baumwolle...

Bambura, 23. März. (Ein. Drahtmelde.) Baumwolle...

Bambura, 23. März. (Ein. Drahtmelde.) Baumwolle...

Bambura, 23. März. (Ein. Drahtmelde.) Baumwolle...

Bambura, 23. März. (Ein. Drahtmelde.) Baumwolle...

Bambura, 23. März. (Ein. Drahtmelde.) Baumwolle...

Bambura, 23. März. (Ein. Drahtmelde.) Baumwolle...

Bambura, 23. März. (Ein. Drahtmelde.) Baumwolle...

Bambura, 23. März. (Ein. Drahtmelde.) Baumwolle...

Bambura, 23. März. (Ein. Drahtmelde.) Baumwolle...

Bambura, 23. März. (Ein. Drahtmelde.) Baumwolle...

Bambura, 23. März. (Ein. Drahtmelde.) Baumwolle...

Wurzheimer Edelmetallepreise vom 23. März. Ein...

Wurzheimer Edelmetallepreise vom 23. März. Ein...

Wurzheimer Edelmetallepreise vom 23. März. Ein...

Wurzheimer Edelmetallepreise vom 23. März. Ein...

Wurzheimer Edelmetallepreise vom 23. März. Ein...

Wurzheimer Edelmetallepreise vom 23. März. Ein...

Wurzheimer Edelmetallepreise vom 23. März. Ein...

Wurzheimer Edelmetallepreise vom 23. März. Ein...

Wurzheimer Edelmetallepreise vom 23. März. Ein...

Wurzheimer Edelmetallepreise vom 23. März. Ein...

Wurzheimer Edelmetallepreise vom 23. März. Ein...

Wurzheimer Edelmetallepreise vom 23. März. Ein...

Wurzheimer Edelmetallepreise vom 23. März. Ein...

Wurzheimer Edelmetallepreise vom 23. März. Ein...

Nachgeben geheimer Haltung. Gegenüber neuen...

Nachgeben geheimer Haltung. Gegenüber neuen...

Nachgeben geheimer Haltung. Gegenüber neuen...

Nachgeben geheimer Haltung. Gegenüber neuen...

Nachgeben geheimer Haltung. Gegenüber neuen...

Nachgeben geheimer Haltung. Gegenüber neuen...

Nachgeben geheimer Haltung. Gegenüber neuen...

Nachgeben geheimer Haltung. Gegenüber neuen...

Nachgeben geheimer Haltung. Gegenüber neuen...

Nachgeben geheimer Haltung. Gegenüber neuen...

Nachgeben geheimer Haltung. Gegenüber neuen...

Nachgeben geheimer Haltung. Gegenüber neuen...

Nachgeben geheimer Haltung. Gegenüber neuen...

Nachgeben geheimer Haltung. Gegenüber neuen...

Devisen.

Table with columns: Devisen, Goldkurs, Zinschlag für Briefkurs. Includes entries for Buenos-Aires, London, New-York, etc.

Züricher Mittelkurse vom 23. März

Table with columns: Devisen, Goldkurs, Zinschlag für Briefkurs. Includes entries for New-York, London, Paris, etc.

Salter Devisenbörse. Amtliche Mittelkurse

Table with columns: Devisen, Goldkurs, Zinschlag für Briefkurs. Includes entries for London, Paris, New-York, etc.

Ergänzungskurse zum Frankfurter Kursbericht.

Table with columns: Deutsche Staatspapiere, Pfandbriefe. Includes entries for Zwangsanleihe, Reichsanleihe, etc.

Unnotierte Werte.

Table with columns: Unnotierte Werte, Karlsruher, Kaiserstraße 208. Includes entries for Adler Kall, Apf, Balder, etc.

Frankfurter Kursbericht

Table with columns: Deutsche Staatspapiere, Fremde Werte. Includes entries for Reichs-Anl., Reichs-Konv., etc.

Berliner Kursbericht

Table with columns: Reichsbankdiskont, Fremde Werte. Includes entries for Reichsbankdiskont, Reichsbankkambardatz, etc.

Börsen

Frankfurt a. M., 23. März. Die Umsatztätigkeit...

Frankfurter Abendbörse vom 23. März.

Die Abendbörse verlief in ruhiger und matter zum...

Börsen

Berliner Nachbörse vom 23. März. (Ein. Drahtmelde.)...

Mannheim, 23. März. (Ein. Drahtmelde.)

An der Börse entwickelte sich heute lebhaftes Geschäft...

Börsen

Table with columns: Aktien, Industrie-Aktien. Includes entries for Berl. Han. G., Commerzbank, etc.

Industrie-Aktien

Table with columns: Industrie-Aktien. Includes entries for Aach. Leder, Accumulat., etc.

Bank-Aktien

Table with columns: Bank-Aktien. Includes entries for Aach. Leder, Accumulat., etc.

Schiff-Aktien



Table with columns: Schiff-Aktien. Includes entries for D. Austral., Hapag, etc.

Kolonialwerte

Table with columns: Kolonialwerte. Includes entries for Joch. Ostarrich, Nachamtl., etc.

Grosser OSTER Verkauf

Ab Mittwoch, 24. März: Preiswerte Angebote in allen Abteilungen!

Kleiderstoffe Kleider-Schotten 100 cm breit, in neuer Ausmusterung . . . Mtr. 2.25 1.95 Papillon-Schotten reine Wolle, aparte neue Muster . . . Mtr. 3.25 2.75 Popeline reine Wolle, schöne Kleiderware in mod. Farbtonen . . . Mtr. 2.75 Rips - Popeline reine Wolle in apart. Frühjahrsfarben . . . Mtr. 5.50 Seidenstoffe Wasch-Seiden aparte Karos . . . Mtr. 2.45 1.90 Damassé-Jackenfutter Halbseide, zirka 85 cm breit in großer Anmusterung. Mtr. 3.50 2.75 Kleider-Crepe Kunstseide, 100 cm breit, in 15 verschied. Modelfarben . . . Mtr. 3.50 Wasch - Samt gerippt, ca. 70 cm breit, großes Farbsort. Mtr. 3.25 Leinenwaren Tee-Gedeck mit 6 Servietten, 130 x 130 cm . . . Stück 6.75 Tee-Gedeck mit 6 Servietten, prima Halb, 130 x 100 Stück 8.75 Kaffee-Decken weiß mit farb. Karos, in Halbseiden, waschecht, 130 x 100 Stück 4.25 Künsterdecke schöne Muster, indanthrenfarb. Stück. 2.95	Schuhwaren Spangenschuhe braun, Boxcalf oder Lackleder 23-25 27-30 31-35 6.75 8.75 9.75 Damen-Spangenschuhe braun und schwarz, schöne Formen . . . 12.50 8.75 5.75 H.-Halbschuhe u. -Stiefel schwarz und braun, spitze und breite Formen, in großer Auswahl . . . Paar 9.50 Kinder-Stiefel schwarz u. braun Größe 20-22 mit Fleck 2.75 2.50 Kinder-Stiefel Rindbox Größe 27-30 . . . 5.50 Wollwaren Damen-Westen reine Wolle 11.50 9.50 6.90 Damen-Pullover neue Dessins . . . 11.50 7.50 Kinder-Westen schöne Muster . . . 5.50 4.90 4.25 Sweater-Anzüge reine Wolle . . . 15.50 13.50 11.50 Parfümerien Kristallzerstäuber mit Netzbalt . . . 8.85 2.50 Brillant-Seife sortierte Gerüche, eleg. Packung, Karton (3 St.) 1.75 Manikurkästen u. Bürstenkästen in größ. Auswahl	Damen-Hüte  Florina Modellkopf, Seldenrand mit Blumengarnitur Mk. 9.50  Jugendl. Hut neuartiger Picotkopf Ripsrand mit Agraffe Mk. 6.50  Modetrotteur Rand a. Seldenrepé Kopf a. Tagal Picot m. Blumen Mk. 8.50 Trotteur Lieserl-Geflecht mit Bandgarnitur 3.50 Seidenhut Jugendl. Form mit Goldstick 4.50 Flotter Hut mod. kl. Form Tagal-Picot 6.50 Damen-Konfektion Damen-Kleider aus Wollstoffen . . . 16.50 12.75 8.50 6.50 Damen-Kleider auskar. Wollstoff, Jumperf. 19.75 Damen-Kleider aus Rips und Ripa 45.00 31.00 23.50 16.50 Damen-Kleider aus Kunstseide . . . 12.50 10.50 8.50 4.50 Damen-Kleider aus Seide 49.50 39. 0 24.50 16.75 Kommunion-Kleider weiß Volls . . . von 5.90 an	Herren-Artikel Oberhemden m. Kragen schöne moderne Streifen . . . 4.90 3.90 Zefir-Oberhemden mit 2 Kragen, gute waschechte Qualität . . . 6.80 Weiße Oberhemden Ripsrand und Umschlammanschetten . . . 6.80 4.90 Flanell-Sporthemden m. Schiller- o. losem Kragen 5.80 4.90 Selbstbinder Kunstseide neueste Muster . . . 0.75 0.75 Herren-Hüte moderne Formen, alle Farben . . . 4.90 3.90 Lederwaren Besuchstaschen in versch. Lederarten und Farben mit Spiegel . . . 5.50 3.90 2.80 1.50 D.-Beuteltaschen aus kräftig. Leder 1.50 0.90 2.75 Geldbeutel aus kräftig. Leder 1.50 0.90 0.50 Schulranzen kräftiges Rindleder 10.50 8.50 6.50 Kunstleder u. Segeltuch . . . 4.00 3.50 Mod. Blusennadeln echt Silber mit Perlen od. Steinen . . . 1.50 1.25 0.95 Mod. Colliers echt Silber mit Perl. 1.75 1.35 Manschettenknöpfe echt Silber . . . 2.90 1.90 1.75 Bleistifte Alpaka . . . 1.80 0.95	Gardinen Künstl.-Garnituren 8 tellig, engl. Tall. 6.75 4.90 2.50 Künstl.-Garnituren Stellig, Etamin, Einsätze und Spitzen . . . 7.50 5.00 3.25 Vitragen buntgestreift Meter . . . 0.45 0.35 0.38 Brise-Bise gr. Anmusterung. Stück. 0.60 0.45 0.25 Teppiche Haargarn-Strapazier-Teppich schwere Qualität 135/200 165/235 200/300 250/350 300/400 29.- 42.50 69.50 110.- 145.- Axmin.-Plüsch-Teppiche neueste Anmusterung 135/200 200/300 250/350 300/400 34.- 52.- 115.- 165.- Tapestry-Brücken 85/150 mit Franssen . . . 17.50 Vorlagen aparte Muster Velour-Plüsch 11.75 8.75 7.90 Porzellan Kaffeeservice 9 tlg. m. Dek. 15 tell. 37 tell. 6.95 6.25 12.50 9.50 22.50 16.50 Tafelservice mit Dekor 23 tellig 45 tellig 60 tellig 28.50 52.- 95.- Kuchenteller dekoriert 1.10 0.85 0.68 Tassen mit Goldrand und Linie . . . 0.65 0.45
---	--	---	---	--

KNOPE

DAS GROSSE KAUFHAUS FÜR ALLE

Markisen
Neuanfertigung Instandsetzung.

Stahlblech-Rolläden
Scherengitter
Schlosserei G. Groke
Herrenstraße 5.

Reife-Geldhätt
Historisch. 10. f. Laden. Die erwart. Gardinen-reife fow. Stores sind eingetroffen.

Thürmer
ein vorzügliches **Piano**
mittlerer Preislage empfiehlt auch gegen **Teilzahlung** der Alleinverreter **L. Schweisgut**
Erbprinzenstr. 5 beim Rondellplatz

Kindermilch
Kurmilch
Vollmilch

Anfangs April ds. Js. bringen wir unsere schon seit Jahren den Karlsruher Milchzentralen gelieferte Milch direkt zum Verkauf und offerieren:

Kinder- u. Kurmilch p. Fl. in Literflaschen abgefüllt zu **55 Pfg.**
Vollmilch offen . . . zu **34 Pfg.**

frei Haus Karlsruhe

Unsere Stallungen stehen unter ständiger tierärztlicher Kontrolle.

Bestellungen nimmt entgegen
Gutsverwaltung Sinner
Karlsruhe - Grünwinkel
Telefon 5762.

Marke  Pfeilring

Pfeilring-Tinte

verbürgt **Qualität**

HERSTELLER:
Vereinigte Chemische Werke Akt.-Ges.
CHARLOTTENBURG, SALZ-UFER 16.

Verhandlungen bei Zahlungsschwierigkeiten

Kaufmännische Beratung Bilanzen Bücherrevisionen

Carl Schneider, Karlsruhe i. B.
Geraniestraße 14. Telefon 3903.

Günstige Gelegenheit

bietet mein Verkauf in:

Schlafzimmer in Eichen, Nußbaum und Birke
Speisezimmer in Eichen, neue schöne Modelle
Herrenzimmer in Eichen, zwei- und dreitürig
Küchen naturlasiert
Einzelmöbel, Poistermöbel etc.

Reiche Auswahl, gute Arbeit, billigste Preise. Zahlungsvereicherung.

Möbelhaus KARL EPPLE
Steinstraße 6

Für Männer

des neue hervorragende sexuelle Kräftigungsmittel **Apegosan**. Schnelle und anhaltende Wirkung gegen körperliche und nervöse Erschöpfung. 100 Port. M. 7.50. Kurpackung (300 Port.) M. 23.-. Hochint. Prospekt kostenlos in verschl. Umschlag nur durch die Alleinhersteller:

Apegosan G. m. b. H., Hamburg 1 / 199

Statt jeder besonderen Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere innig geliebte unvergessliche Schwester, Schwägerin, Tante, Großtante und Nichte

Frau Maria von Kleiser
geb. Meyer

nach längerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, wohl vorbereitet, Montag den 22. ds. Mts. um 2 1/2 Uhr nachmittags zu sich zu rufen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Frau Elisabeth von Kummer
geb. Meyer
Familie von Velasco.
Karlsruhe, den 23. März 1926.
Eisenlohrstraße 12.

Die Beerdigung findet am 23. ds. Mts. um 3 1/2 Uhr in Baden-Baden statt, das Seelenamt am Samstag, den 27. März, um 8 Uhr in der St. Bonifatiuskirche in Karlsruhe.

Albert Lehnert, Karlsruhe
Holzhandlung

Büro: Karlstraße 37, Tel. 147.
Lager: Fautenbruchstraße, durch die Unterführung Ertlingerstraße, Tel. 690

empfehl. sich zur Lieferung von **Rosenpfählen, Baumpfählen, Bohrerstangen, Brettern, Dielen, Rahmen, Latten, Ta. Fi. Ki. Ei-Blochware** usw.

Schafzimmer-Bilder
preiswert Bilder für alle Räume Einrahmung. **Valentin Schäfers Kunsthandlung, Rastatt**

Statt besonderer Anzeige.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluss entschlief es am Samstag 9 Uhr nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser treu-besorgter Vater, Bruder, Schwager und Onkel

Herr Hermann Eggers
Montage-Ingenieur
im Alter von nahezu 64 Jahren.
Maximiliansau a. Rh., 24. März 1926.

In tiefer Trauer:
Frau Hermine Eggers, Wwe. geb. Ullm-Margarethe und Martha Eggers.
Beerdigung: Mittwoch nachmittag 5 1/2 Uhr.

Todes-Anzeige.

Nach schwerem Leiden ist heute nachmittag 4 Uhr mein lieber Bruder, unser guter Schwager, Onkel und Großonkel

Architekt Albert Hofmann
Dr. ing. h. c. der Fridericiana Karlsruhe
im 67. Lebensjahre sanft entschlafen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
K. Wilh. Hofmann, Buchbindermeister
Karlsruhe, den 22. März 1926.
Trauerhaus Kaiserstraße 69

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 25. März nachmittags 3 Uhr von der Friedhofkapelle in **Durlach** aus statt.
Von Beileidsbesuchen bittet man absehen zu wollen.

Ein ganzes Bankunternehmen auf Falschgeld aufgebaut.

Im Juni 1925 wurde in Lissabon angeblich mit holländischem Kapital ein großes Bankunternehmen, die Banco de Angola e de la Metropole ins Leben gerufen. Schon vor der Gründung und noch mehr nachher fielen die Gründer durch beträchtliche Käufe von Anteilen der meisten portugiesischen Kolonialunternehmen, von Immobilien, Gütern, Automobilen usw. auf, die in keinem Verhältnis zu dem verhältnismäßig geringen Kapital standen. Schließlich erbat sie von der portugiesischen Regierung auch noch die Genehmigung zur Uebertragung bedeutender Summen ins Ausland. Das Lissaboner Blatt "O Seculo" machte sich eines Tages zum Sprachrohr der in Finanzkreisen herrschenden Verwunderung und lenkte die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß die Angolabank systematisch die Aktien der Emissionsbank von Portugal und der Nacional Ultramarino aufkaufe und zwar in einem Umfange, die mit den der Bank zur Verfügung stehenden Mitteln nicht in Einklang zu bringen sei. Die portugiesische Polizei, die seit einiger Zeit bereits eine merkwürdige Vermehrung des Banknotenumschlages festgestellt hatte, ohne daß aber die Emissionsbank neue Noten ausgegeben hätte, verfaßte nach einer diskret durchgeführten Untersuchung die Lissaboner Direktoren der Angolabank. Sie führte zur Aufdeckung eines der gigantischen Schwindel aller Zeiten! Die "Europe Nouvelle" bringt nach einem Bericht der Wälder Nationalzeitung eine ausführliche Schilderung dieses Riesenschwindels. Die portugiesische Regierung läßt ihre Banknoten durch Vermittlung der Bank von Portugal seit Jahren bei der Londoner Firma Waterlow & Sons verhehlen, deren Unantastbarkeit in der ganzen Welt bekannt ist. Hier hatte sich ein gewisser Marang mit einer Vollmacht der Bank von Portugal, die mit den der englischen Firma vertrauten Unterschriften des Generaldirektors und mehrerer Verwaltungsräte versehen und von portugiesischen Notaren sowie dem britischen Konsulat in Lissabon beglaubigt war, eingestellt. Diese Vollmacht ermächtigte Waterlow & Sons, dem Inhaber von Emissionsnoten mit dem Bilde Vasco da Gamas im Betrag von 400 Millionen Pfund Sterling auszubändigen. Die von der englischen Firma an die portugiesische Emissionsbank gerichtete schriftliche Bekräftigung wurde durch Mitschreiber an die Schwindler weitergeleitet, die auf einem Firmenbogen der Bank antworteten. Die französischen Behörden beschlagnahmten kürzlich in einem Pariser Hotel einen Geldschrank, in dem Briefbogen mit dem Aufdruck des Generalgouverneurs der Bank von Portugal, sehr gut nachgeahmte Unterschriften und falsche Stempel sowie ein umfangreicher Briefwechsel aufgefunden wurden.

Die gerichtliche Untersuchung ergab, daß das Haupt der Bande ein gewisser Henries, infolge Warnung seines holländischen Rechtsanwaltes entkommen sei. Die Persönlichkeit dieses etwas geheimnisvollen Henries ist noch nicht genau festgestellt; angeblich soll es ein Deutschstämmiger sein. Er war im Besitz zahlreicher ordnungsgemäßer Pässe für die Schweiz, Frankreich, Holland, Deutschland, Portugal und Brasilien. Die Rolle des Rechtsanwalts von Maate ist ebenfalls noch nicht aufgeklärt. Bei einer Durchsichtung seiner Wohnung in Rotterdam wurden mehrere Koffer mit portugiesischen Banknoten, teils echten, teils falschen, im Gesamtbetrag von zehn Millionen holländischen Gulden entdeckt.

Die Bande hatte außerordentlich weitreichende Verbindungen: so wurden zum Beispiel die Noten von Haag nach Portugal in diplomatischen Koffer der Legation von Venezuela befördert, dessen Gesandter, Plana Suarez, seinen Posten verlassen mußte. Die holländische Polizei beschlagnahmte sechs Koffer mit falschen 100 Gulden-Noten. Die Fälscher sollen sowohl in Haag als auch in Lissabon noch im Laufe des März zur Aburteilung kommen.

Die Befreiungsfeier für die erste rheinische Zone in Köln.



Von links nach rechts: Kardinal Schulte, Köln (dahinter preuß. Ministerpräsident Braun, Stundenburg, preuß. Arbeitsminister Brauns, Reichspräsident Ebel), Oberbürgermeister Dr. Menauer (dahinter Staatssekretär Dr. Weizsäcker) begeben sich zum Festakt in der Messehalle.

Die die "Europe Nouvelle" feststellt, gingen die Fälscher darauf aus, die Aktienmehrheit der portugiesischen Emissionsbank und des Banco Nacional Ultramarino zu erwerben und weiterhin die ganze Kolonie Angola in ihren Besitz zu bringen. Jedoch sei die Behauptung, daß die Verbrecher auf Weisung einer fremden Macht gehandelt haben sollten, bisher in nichts bewiesen, wenn auch der Prozeß vielleicht noch Ueberraschungen bringen könne.

Der Unglücksstein.

Das Geheimnis eines Brillanten aus dem Kronschatz der Habsburger.

In einer dunklen Octobernacht des Jahres 1918, als der Zusammenbruch der habsburgischen Dynastie schon unaufhaltsam geworden war, hatte Graf Verhold die Stücke des Habsburger Kronschatzes aus der Schatzkammer entführen lassen und über die Schweizer Grenze schaffen lassen. Unter den so ins Ausland verschleppten Kronjuwelen befand sich als kostbarster auch der sogenannte "Florentiner" von 13 Karat, der drittgrößte Brillant, den es auf der Welt gibt. Dieser "Florentiner" hat eine sehr interessante Geschichte, die bis in die Gegenwart reicht und nach Beendigung des Weltkrieges sogar zu diplomatischen Auseinandersetzungen geführt hat. Zugleich hieß der "Florentiner" ein wertvoller Aberglaube an. Er soll seinen Besitzern Unglück bringen. In der Tat läßt sich historisch erweisen, daß, wer immer den Stein trug, vom Schicksal verfolgt war. Einst hatte ihn Herzog Karl der Kühne von Burgund zu seinem Totismant ernannt und seinen Helm damit verziert. In der Schlacht bei Granon verlor er Stein und Sieg. Ein Schweizer Landmann soll ihn, der Sage nach, gefunden und, weil er ihn nur für Glas hielt, um einen Spottpreis weiter veräußert haben.

Nach mysteriösen Wanderungen von Hand zu Hand landete der Diamant schließlich in der Schatzkammer der Herzöge von Modena und gelangte später in den habsburgischen Familienbesitz, wo er als Privateigentum des jeweiligen Monarchen betrachtet wurde. Wegen des dem "Florentiner" anhaftenden Aberglaubens soll auch Kaiser Franz Josef den gefährlichen Diamanten in einem Geheimfach der Schatzkammer in der Hofburg ängstlich beschließen lassen, so daß keiner, der ihm nahestand, an den Stein

heran konnte. Erst Karl, der letzte Habsburger, der das Glück erlangen wollte, holte den Stein wieder aus seinem Versteck hervor. Kaum war der gelblich funkelnde Diamant in seiner Nähe, begannen die Schicksalsschläge. Der "Florentiner" hielt auch diesmal Wort, er brachte seinem Besitzer nur Unglück.

Bei den Friedensverhandlungen wurde um den Stein gestritten. Italien verlangte alle Juwelen, die seinerzeit auf dem Boden der oberitalienischen Fürstentümer gewesen waren, zurück, und ausdrücklich wurde im Friedensvertrage von St. Germain bestimmt, daß auch der "Florentiner" an Italien zurückgegeben werden müsse. Die österreichische Regierung wollte diesem Diktat gehorchen, aber Erzherzog Karl verweigerte die Rückgabe und beharrte auch dann auf diesem Entschluß, als die österreichische Republik seine österreichischen Privatdomänen unter Sequester stellte, um auf den Erzherzog einen Druck auszuüben.

Inzwischen war der Diamant in der Schweiz durch ein Kollegium Pariser und Londoner Juweliere geschätzt worden, und der Schätzwert ergab eine phantastische Summe. Zuerst ließ Kaiser Karl durch einen Vertrauensmann mit dem italienischen Botschafter, das aus Prellgegaranden den Brillanten eern in seinem Besitz gehalt hätte, über einen Ankauf verhandeln, aber die Verhandlungen zerbrachen sich an dem unerwünschten Preis.

Als dann Mussolini zur Regierung kam, dachte er, den "Florentiner" in seinen Besitz zu bringen. Er richtete an die Witwe Karls, die Erzherzogin Rita, direkt eine kategorische Note und verlangte die Herausgabe des im Friedensvertrage Italien zugesprochenen Edelsteins. Rita antwortete nicht und gab auch den "Florentiner" nicht heraus. Aus einem sehr einfachen Grunde: Sie hatte ihn gar nicht mehr in ihrem Besitz; sie hatte sich, nach dem Tode Karls sich des Kluges erinnernd, von dem Steine getrennt und ihn der ersten Pariser Juwelenfirma Cartier & Co. übergeben, die den Brillanten auf allen amerikanischen Plätzen zum Verkauf ausbieten ließ. Ohne Erfolg.

Der "Florentiner" harrt noch heute des Käufers. Wo er sich heute befindet, ist streng gehütetes Geheimnis. Der "Florentiner" soll den beiden größten Diamanten der Welt, dem berühmten "Rohinor" und dem "Regent", an Glanz, Schlich und Härte durchaus ebenbürtig sein.

Die Heiratsbank

Die Damen, die bei der Bank der Herren Barclays in London beschäftigt sind, haben es besonders gut, denn ihre Heiratsaussichten sind vorzüglich. Gegen 400 weibliche Angestellte dieses Bankunternehmens treten jährlich in die Ehe, und zwar heiraten sie zum allergrößten Teil männliche Angestellte derselben Bank. Man nannte daher in London dies Unternehmen vielfach die "Heiratsbank", und die Heiraten sind den Gründen dieser erfreulichen Erscheinung nachgegangen. "Die Ursachen für die Anziehungskraft unserer Damen sind nicht weit zu suchen", sagte ein Direktor. "Unsere jungen Damen sind meist anziehend und liebenswürdig. Sie verdienen genau, um sich hübsch zu kleiden, und ihre Geschäftserfahrungen befähigen sie, auch in ihrem eigenen Haushalt gute Rechnung zu führen. Sie kommen mit den männlichen Angestellten in häufige Beziehungen, denn sie haben zusammen Sportclubs, gesellige Vereinskongresse und Tanzveranstaltungen." Ein Angestellter der Bank erklärte: "Unsere Kollegen sind meistens hübsch, tanzen gut, spielen gern Tennis und Golf, und ihre Vorbildung macht sie zu trefflichen Hausfrauen". Ueber die Vorzüge der männlichen Angestellten dieser Bank ließ sich eine Dame aus, die bei dem Unternehmen arbeitet: "Wir haben mit unseren männlichen Kollegen vortrefflich; sie sind stets liebenswürdig und helfen uns, wenn wir bei unserer Arbeit einen Rat brauchen. Viele Damen bei uns haben die Erfahrung gemacht, daß sie ausgezeichnete Ehemänner sind, und da man sich bei gemeinsamer Arbeit am besten kennen lernt, so heiraten wir gern untereinander. Wenn die Gehälter auch nicht sehr hoch sind, so zeichnen sich doch die Herren von Barclays durch besondere Solidität und Sparsamkeit aus."

Freispruch im Hamburger Vatermordprozeß.

Vom Hamburger Schwurgericht wurde das Urteil im Vatermordprozeß Puelichen verurteilt. Der 21jährige Kessende Puelichen hatte am 1. Dez. vor. J. seinen Vater, den Kaufmann Puelichen, aus Liebe zur Mutter, die seit Jahren unter den Mißhandlungen des Vaters litt, erschossen. Der Staatsanwalt beantragte mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß das Gericht in solchen Fällen keine mildernden Umstände gelten lassen könne, die Todesstrafe. Das Urteil des Gerichtes lautete auf Freispruch.

Im Streit mit dem politischen Gegner umgekommen.

Zwischen dem sozialdemokratischen Parteiführer Ulrich in Oberschöneweide bei Berlin und dem Portier Bode kam es zu einem Streit, der mit dem Tode Ulrichs endete. Die Blätter berichten, daß Ulrich und Bode im Verlauf der politischen Auseinandersetzung auf der Wendeltreppe ihres Hauses aneinandergerieten und die Treppe hinunterstürzten. Infolge eines schweren Schädelbruches starb Ulrich im Krankenhaus. Bode, der ebenfalls etwe Schädelverletzung erlitt, konnte in ärztlicher Behandlung in der Wohnung verbleiben. Die Kriminalpolizei ist mit der Klärung der Angelegenheit beschäftigt.

Feuergefecht mit Einbrechern.

Die "Schlesische Zeitung" meldet: Der praktische Arzt Hante in Bobitz bemerkte in der Nacht zum Sonntag, daß Einbrecher in seine Villa eingebrungen waren. Er benachrichtigte telephonisch die Polizei. Die vier aus Breslau stammenden Einbrecher hatten inzwischen das Weite gesucht. Danke und die Polizeibeamten verfolgten die Flüchtlinge in einem Kraftwagen und holten sie ein. Es entpann sich ein Feuergefecht, wobei sich die Männer in eine nahe Scheune flüchteten. Diese wurde umstellt. Der eine der Männer tötete sich durch einen Kopfschuß, der zweite wurde festgenommen, und die anderen entkamen im Dunkel der Nacht.

Wollen die Amerikaner den Golfstrom "Erobern"?

Eine neue europäische Eiszeit?

ak. Kopenhagen, März 1926.

In Amerika beschäftigt man sich zurzeit allen Ernstes mit Plänen, welche nichts weniger bedeuten als — Europa den Einfluß des Golfstroms zu entziehen, die warmen Wassermengen des berühmten Meeresstroms künftig dem amerikanischen Kontinent zur Verfügung zu stellen und Europa — dem harten Schicksal einer neuen Eiszeit zu überlassen! ...

Dänische Blätter erhalten aus New York eingehendere Nachrichten über die letzte Phase der aufsehenerregenden amerikanischen Erörterungen in dieser sensationellen Angelegenheit. Wie jedes Kind weiß, verdankt Europa sein mildes Klima der segensreichen Tätigkeit des Golfstroms; die Kenntnis von Laufe desselben gehört ja zur allerersten Schulweisheit. Von der Westküste Afrikas bewegt sich der warme Strom, welcher hier "Guinea-Strom" genannt wird, nach der Ostküste von Mexiko hinüber, um jodann von dem mexikanischen Golf den Namen "Golfstrom" zu erhalten. Von der mexikanischen Bucht aus dreht er in nördlicher Richtung, bewegt sich durch das Gewässer zwischen Florida und der Insel Kuba, verläßt jodann Amerika, um sich über den großen Ozean nach Europa zu begeben, dessen Küsten er von Spanien bis Nordnorwegen bespült. In Amerika bekennt man sich zu der etwas sonderbaren Ansicht, daß Europa sein mildes Klima vom amerikanischen Kontinent — gewonnen habe; — deshalb greift in U.S.A. jetzt die Auffassung immer mehr um sich, daß energische Maßnahmen getroffen werden müssen, um den Golfstrom wieder auf die rechte Hände zu bringen. Um dies Ziel erreichen zu können, müßten drei wichtige Faktoren zusammenarbeiten, über welche man jedoch in Amerika ausgiebig verhandelt zu können hofft, nämlich technische Fähigkeit, unermüdblicher Fleiß und Unmengen von Geld.

Die Pläne der Amerikaner, deren eigentlicher Urheber ein gewisser Ingenieur Sleater zu sein scheint, gehen nun in der Hauptsache darauf hinaus, den Golfstrom durch das Bauen von Weidämmen und Kanälen zu zwingen, seinen Lauf zu ändern und, anstatt Amerika nördlich der Halbinsel Florida treulos zugunsten Europas zu verlassen, hübsch in der Nähe des nordamerikanischen Festlands zu bleiben und dessen Dittfische zu bespülen. Der Hauptplan ist darauf gerichtet, zwischen Florida und Kuba eine riesige Mauer zu bauen — 250 Kilometer lang, 50 Meter breit und 500 Meter tief! — auf diese Weise soll der Golfstrom verhindert werden, die mexikanische Meeresküste in nordöstlicher Richtung zu verlassen; anstatt dessen will man den Golfstrom durch einen quer durch die Halbinsel Florida zu grabenden Kanal leiten. Auf diese Weise meint man den weiteren Lauf des Golfstroms in nördlicher Richtung längs der ganzen amerikanischen Küste sichern zu können.

Nach einem anderen Plane soll von New-Fundland aus ein 400 Kilometer langer Damm ins Meer hinaus gebaut werden. Auf diese Weise sollen die kalten Wassermassen, welche die Meeresströme von den Küsten Grönlands nach der amerikanischen Ostküste führen, gezwungen werden, sich weiter, hinaus ins atlantische Meer zu bewegen. Gleichzeitig würde ein dertartiger Weidamm bei New-Fundland einen erheblichen Teil des warmen Wassers des Golfstroms auffangen und es gegen die amerikanische Küste hindrücken. Man hätte somit durch den Dammbau bei New-Fundland zwei Vorteile auf einmal verwirklicht. Die Widerstandskraft der geplanten Weidämme müßte natürlich eine ganz kolossale sein; man bedenke nur, daß der Golfstrom an der Stelle, an welcher er jetzt in den Atlantischen Ozean hinausläuft, eine Breite von 65 Kilometer und eine Tiefe von 380 Meter hat bei einer normalen Geschwindigkeit von 30 Meilen täglich. Die Schnelligkeit, mit welcher sich die ungeheuren Wassermassen des Golfstroms fortbewegen, kann indessen bis zum Vierfachen anwachsen! Werden die Wunderleistungen moderner Technik derartige, noch nie da-

gewesene Schwierigkeiten überwinden können? In Amerika meint man ja! ...

Falls solche amerikanische Zukunftspläne verwirklicht werden sollten, würde Europa höchstwahrscheinlich, beim Fehlen des Golfstroms, dessen Wassermassen an der Westküste Irlands noch eine Durchschnittstemperatur von 15 Grad Celsius haben, sehr rasch einer neuen Eiszeit entgegengehen. ...

Was empfindet der Mensch beim Absturz?

Das kühne Experiment eines Fallschirmkünstlers. — Keine Bewußtlosigkeit beim Fall.

Bisher nahm man als selbstverständliche Tatsache an, daß ein Mensch, der von der Spitze eines hohen Gebäudes in die Tiefe stürzt, im Fallen sein Bewußtsein verliert, sofern er nicht gar, bevor er den Boden erreicht, durch den Luftdruck getötet wird. Diese Annahme ist jetzt durch das aufregende Experiment eines kühnen Fallschirmfliegers als irrig festgestellt worden. Der Soldat Boudreau, der sich auf dem Selkridge-Flugplatz in Amerika als Sachverständiger in allen Fallschirmfragen einen Namen gemacht hat, hat den praktischen Beweis erbracht, daß die Annahme der Bewußtseinsstörung während des Falls aus großer Höhe durchaus irrig ist. Sein Versuch galt nicht der Sensation, sondern dem ersten, wissenschaftlichen Zweck, im Interesse des Fliegenanwesens hierüber Klarheit zu schaffen. Boudreau nahm auf einem Militärflugzeug mit seinem Fallschirm Platz, das in einer Höhe von 1500 Metern manövrierte. Von dieser Höhe stürzte er sich mit seinem Fallschirm kopfüber in die Tiefe. Mit der einen Hand hielt er die Schnur, die das Deffnen des Fallschirms bewirkt, mit der anderen eine Stoppuhr, die er beständig vor Augen hatte, um Sekunden für Sekunden den Fall zu kontrollieren. Mit atembeklemmender Spannung verfolgten die Zuschauer auf der Erde und der Flugzeugführer aus der Höhe die wilden Sprünge des

vom Wind umhergewirbelten Menschenkörpers in der Luft. Der Mann fiel von Sekunde zu Sekunde mit der Schnelligkeit eines Geschosses herab. Wie er später erklärte, hatte er nicht einen Augenblick das Gefühl einer Sinnenstörung. Alles, was er empfand, war das gewaltige Saufen der Luft, die ihn beim Fallen umbrauste. Er hatte beifolles, erst nach 30 Sekunden durch Ziehen der Schnur den Mechanismus zu betätigen, der den Fallschirm öffnet. Diese Zeit war abgelaufen, als er an die 1300 Meter heruntergefallen war. Als er sich durch einen Blick auf die Stoppuhr überzeugt hatte, daß die Zeit gekommen war, bewirkte er durch Ziehen der Schnur das Deffnen des Fallschirms. Der Schirm funktionierte auch tadellos und Boudreau landete ruhig auf dem Boden und erklärte mit Genugtuung, daß er während des Falles nicht einen Augenblick sich einer Gefahr bewußt gewesen wäre.

Eine schweizerische Flugexpedition nach Afrika.

Im Herbst beabsichtigt der durch seine Artillerie- und Persienflüge bekannte Flieger, Oberleutnant Walter Mittelholzer, sowie der Afrikaner Oberleutnant R. Gouzy eine große Flugexpedition nach dem dunklen Erdteil zu unternehmen, und zwar mit einem zweimotorigen Dornier-Wal-Flugboot von 400 P.S., dem gleichen Typ, den Amundsen 1925 und Kapitän Franco 1926 verwendet haben. Die Reiseroute geht über Zürich, Neapel, Athen, Belgrad, Tripolis und dann nördwärts quer durch Afrika, wobei eine noch nie besorgene Route über die afrikanischen Zentralstraßen eingeschlagen werden soll. Der Hauptzweck der ausschließlich schweizerisch organisierten Expedition, die unter schweizerischer Flagge reisen wird, ist nicht nur Erforschung einer bisher unbekannteten Luftstrecke, sondern vor allem die Schaffung von geographisch und ethnographisch wertvollen Dokumenten mittels Photographie und Kinematographie.

Die Londoner Arbeitskonferenz

Das englische Arbeitsministerium hat der Öffentlichkeit die Beschlüsse der seit vergangenen Montag in London tagenden internationalen Arbeitszeit-Konferenz über die Auslegung des Washingtoner Abkommens übergeben. Wir geben diese Beschlüsse an anderer Stelle wieder.

Zur Beratung standen in London Vorschläge für eine europäische Zusammenarbeit auf sozial-politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet, die die politische Zusammenarbeit der Länder ergänzen sollte. Es liegt auf der Hand, daß es nicht leicht sein wird, die erstrebte Einheitlichkeit auch in der Praxis bei der Verschiedenartigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Staaten und ihrer Gesetzgebung durchzuführen. Man muß stets beachten, daß bei verfehlten Maßnahmen, oder solchen, die wohl für das eine Land, nicht aber für alle zutreffen, gerade der Industrie und Wirtschaft des betreffenden Landes und damit der arbeitenden Bevölkerung Gefahren angelegt und Schäden zugefügt werden.

Die Vorgängerin der Londoner Konferenz war die Arbeitskonferenz von Washington im Jahre 1919, bei der Deutschland fehlte, obwohl es noch im letzten Augenblick eingeladen worden war. Es ist vielleicht gerade im Hinblick auf Geis und die Entwicklungen der jüngsten Zeit nicht uninteressant, daran zu erinnern, wie sich damals die Dinge abspielten. Die amerikanische Regierung hatte zu einer internationalen Konferenz nach Washington eingeladen, aber vornehmlich auf Betreiben Frankreichs Deutschland überlassen. Die Kriegsstimmung war noch so stark, daß man glaubte, uns unberücksichtigt lassen zu können. Bald freilich legte die Erkenntnis, daß Deutschland doch wirtschaftlich nicht unbeachtet bleiben dürfte und daß es außerdem auf sozial-politischem Gebiet bahnbrechend gewirkt hatte, also Erfahrungen befaß, die man nicht unbeachtet lassen wollte. So wurde schließlich nach Ueberwindung des französischen Widerstandes Deutschland noch zur Teilnahme eingeladen, aber die Aufforderung kam so spät, daß die deutschen Vertreter voraussichtlich erst nach Beendigung der Besprechungen in Washington einetroffen wären. Daß man unter solchen Umständen in Deutschland keine Lust verspürte, besonderen Eifer an den Tag zu legen, ist selbstverständlich. Heute denkt man in Washington wie anderwärts doch wesentlich anders als im Jahre 1919 darüber, wie man Deutschland zu behandeln hat. Diese kleine Abschweifung möge zeigen, was für Fortschritte die Welt bezüglich der Einschätzung Deutschlands immerhin in den letzten sieben Jahren gemacht hat.

Zwar hatte man sich damals in Washington auf das geeinigt, was man etwa als einen Rahmen für die Gesetzgebung in den einzelnen Ländern bezeichnen könnte. Die Abmachungen waren aber so unbestimmt, daß sie die verschiedenartigen Auslegungen zuließen, und es stellte sich bald heraus, daß man darauf schwerlich fußen kann. Es kommt hinzu, daß als Grundlage im wesentlichen die einschlägige französische Gesetzgebung gedient hatte, die sich auf Länder mit gänzlich verschiedenen wirtschaftlichen Verhältnissen kaum anwenden läßt. Hierin liegt der eigentliche Grund für die Tatsache, daß noch immer nicht genügend Staaten das Washingtoner Abkommen ratifiziert haben, um es in Kraft treten zu lassen. Dieses enthält die Bestimmung, daß es erst dann gelten soll, wenn außer den Vereinigten Staaten noch mindestens England, Frankreich u. Belgien ratifiziert haben. Deutschland wurde ebenfalls zur Ratifizierung, also zum Beitritt aufgefordert und erklärte sich auch dazu bereit, aber mit der Maßgabe, daß mindestens Frankreich, Belgien, England, mit gutem Beispiel vorausgegangen seien. So ist bis zum heutigen Tage das Washingtoner Abkommen ein Stück Papier geblieben.

Dieser Zustand führte dazu, daß im Jahre 1924 in Bern die Arbeitsminister von Deutschland, England, Frankreich und Belgien zusammen mit der Leitung des Internationalen Arbeitsamtes in Bern sich zu einer Besprechung zusammenfanden, um gewisse Unklarheiten zu

Rettung aus Seenot.

Deutschlands steigende Achtung im Ausland.

Mit Bewunderung haben wir bis in die letzten Tage von den Heldentaten deutscher Seeleute gelesen, die bei schwerstem Wetter die Besatzungen untergehender Schiffe teilweise oder ganz geborgen haben. Mit Genugtuung lesen wir von der Verleihung der Rettungsmedaille an die Mannschaft des Rettungsbootes des Dampfers „Westfalia“ durch den Hamburger Senat für die Rettung der Besatzung eines holländischen Dampfers, während nur wenige Tage zuvor dem Kapitän des Dampfers „Bremen“ ein wertvoller silberner Pokal im Auftrag der englischen Regierung überreicht wurde, indem von den englischen Regierungsvertreter Kapitän, Offiziere und Mannschaften als brave Seeleute und Gentleman gefeiert wurden. In beiden Fällen handelt es sich um Rettung auf hoher See, während man im allgemeinen von den Heldentaten, die unsere opferwillige Küstenbevölkerung ausführt, wenig hört. Die „Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger“ hat eine wohl durchdachte Organisation des deutschen Seerettungswesens geschaffen, die sich über die gesamte deutsche Küste erstreckt. Seit Gründung der Gesellschaft sind nahezu 5000 Menschen durch die Opferwilligkeit der Küstenbevölkerung im Verein mit den Einrichtungen der Gesellschaft gerettet worden.

Die Gesellschaft konnte vor dem Kriege ein stattliches Betriebskapital ihr eigen nennen, das unter der Inflation zerronnen ist. So gilt es auch hier neu aufzubauen, um altes Material instand zu halten und technisch neues Rettungsgerät anzuschaffen, um dadurch das Leben der Rettungsbootbesatzungen wie auch die Erfolge

dieser braven Männer mit den technisch besten Rettungsgeräten zu sichern.

Das deutsche Seerettungswesen kann, wie in allen anderen kultivierten Staaten, nur als freies Werk der Menschenliebe, nicht als staatliche Einrichtung wirklich gedeihen. Es ist deshalb eine Pflicht des gesamten deutschen Volkes, durch weitestgehende Unterstützung der „Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger“ dringend notwendige Neuanfassungen sowie Belohnungen für kühne Rettungsstaten zu ermöglichen. Schon die Mitgliedschaft der Gesellschaft verbürgt eine solche Unterstützung. Abgesehen von den rein menschlichen Gesichtspunkten, auf Grund deren eine solche Unterstützung erwünscht ist, dürfen wir nicht vergessen, daß auch dadurch wichtige vaterländische Arbeit im Wiederaufbau unserer internationalen Beziehungen geleistet wird. Das Echo, das die Taten unserer braven Schiffsmannschaften in der letzten Zeit in der ganzen gestifteten Welt gewirkt, die Aufnahme, die man den Rettungsbooten und ihren Besatzungen in fremden Häfen bereitet, zeigen die wachsende Achtung, die man den deutschen Barbaren trotz aller Kriegsverheerung draußen wieder entgegenbringt. So helfe man denn mit an diesem Aufbau, das gleichbedeutend ist für die vermehrt zu ermöglichende Betätigung der Nächstenliebe wie für Deutschlands Wiederaufbau und Geltung in der Welt, weiß doch keiner das Wort: Einer für Alle — Alle für Einen mehr zu betätigen, als gerade der Seemann.

Wir sind gerne bereit, über die Mitglieds-erwerbungen Einzelner wie von Korporationen Auskünfte zu vermitteln.

beseitigen. Auch das gelang nur unvollkommen. Es hat sich inzwischen immer mehr herausgestellt, daß die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse ebenso wie die Art und Form der Gesetzgebung in den einzelnen Ländern doch zu verschieden sind, um so schnell eine völlige Einigung zu erzielen. Das Kernstück des Washingtoner Abkommens bildet die so genannte Achtundvierzig-Stundenwoche, d. h. die arbeitsfähige Anerkennung des Achtstundentages. Diese Frage der Arbeitszeit bildet heute so ziemlich in allen Ländern mit starker industrieller Entwicklung den Hauptgegenstand des Kampfes zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern. Im deutschen Reichsarbeitsministerium ist ein Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeitszeit in Berücksichtigung der hauptsächlichsten Bestimmungen des Washingtoner Abkommens fertiggestellt mit dem Ziel, das Abkommen selbst zu ratifizieren. Ehe es jedoch an den Reichstag gehen kann, mußte für die grundsätzliche Anerkennung des Achtstundentages die internationale Grundlage geschaffen sein, ohne die Deutschland im industriellen Wettbewerb auf dem Weltmarkt nicht bestehen kann.

Man darf nicht übersehen, daß gerade uns durch das Dawesabkommen ganz besonders schwere Zeiten aufgebürdet sind, die wir nur mit Anspannung der äußersten Kraft ertragen können. Wenn wir uns zur gezielten Einführung einer kürzeren Arbeitszeit verpflichten, als andere Industrieländer sie haben, mit denen wir im härtesten Wettbewerb stehen, dann wird es auf die Dauer unmöglich sein, auf dem Weltmarkt zu konkurrieren. Die Zukunft wird zeigen, ob und wie weit die internationalen Beschlüsse der Londoner Konferenz ohne Schaden in die Struktur unseres Volkslebens einzufügen werden können.

Frankreichs Abhängigkeit von Amerika.

(Von unserem Pariser Vertreter.)

In den Hauptstädten der Alliierten tauchen erneut Informationen von einer nochmaligen Vertagung der Entlassungskonferenz auf, und zwar spricht man jetzt davon, daß diese Konferenz nunmehr erst im September zusammen-treten sollte. Die Nachricht beweist die tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Abrüstung zwischen den Alliierten, besonders zwischen Paris und London, auf-schlagendste und verstärkt somit die große Persönlichkeit, die man in diesen Tagen in Paris befindet, wenn vom Völkerbunde die Rede ist und allem, was damit zusammenhängt. Werden wir uns doch einmal ein wenig klar, worauf es in diesem ganzen Fragenkomplex überhaupt an-kommt. — Es ist im Grunde genommen die einfache Frage: Wie stellt sich Amerika zu Frankreich? — Diese Frage und alles, was damit zusammenhängt, bleibt ausschlaggebend, allein ausschlaggebend für die gesamte französische Politik. Hätte Frankreich — ernst gesprochen — jemals zu den Vercorno-Verträgen wohl seine Zustimmung gegeben, wenn es dabei nicht den Hintergedanken gehabt hätte: damit beruhige ich Amerika? — Nein, niemals. — Aber wird sich Amerika mit Vercorno beruhigen? Wird es sich damit begnügen?

Frankreichs Sanierung ist möglich mit etwa 300 Millionen Dollar. Natürlich käme als Darleher nur Amerika in Frage. Und nun rechnet Frankreich so:

100 Millionen beträgt der Morgan-Kredit, 100 Millionen nimmt der freie amerikanische Markt leicht auf (wenn er nur will).

100 Millionen können flüssig gemacht werden durch die Mobilisierung der deutschen Eisenbahnobligationen.

Damit sind wir schon mit einem Male mitten in dem Gesamtproblem. — Ueber die zweite Erwägung, daß der amerikanische Markt leicht 100 Millionen für eine französische Anleihe flüssig machen könnte, ist kaum ein Wort zu verlieren.

Befassen wir uns also lediglich mit der ersten und dritten Erwägung.

Wie verhält es sich eigentlich mit diesem so geheimnisvollen Kredit von 100 Millionen, den der Bankier Morgan noch zu Poincarés Zeiten Frankreich gewährte? Besteht er noch? Und in welcher Höhe? Es wird über diese Frage von den ganz, ganz wenig Eingeweihten begreiflicherweise das allergrößte Still-schweigen beobachtet. Der Glaube, daß dieser Kredit noch wenig in Anspruch genommen sei, gibt den französischen Finanziers noch etwas Halt. Man behauptet freilich, daß er bereits bis auf wenige Millionen aufgebraucht sei. Die Angaben schwanken. Mit größter Wahrscheinlichkeit darf man wohl annehmen, daß sich Morgan bei all seiner Liebe zu Frankreich auch bestimmte Sicherungen gesucht hat, um die Ausnutzung dieses Kredites fortwährend mitbestimmen zu können. Bestenfalls lassen einige Borgänge an der New Yorker und Londoner Börse darauf schließen. Morgan arbeitet ganz zielbewußt mit diesem von ihm gewährten Kredit, und verdient wohlrechtlich sehr gut damit. Andere wohl auch mit ihm.

Nun die dritte Erwägung: das sehr schwierige Problem der Mobilisierung der deutschen Eisenbahnobligationen. Wir sind in der Lage, zu dieser in der gesamten Presse so vielfach erörterten Frage einige sehr interessante neue Informationen bekannt zu geben, die uns von maßgebenden — nicht deutschen — amtlichen Stellen in Paris mitgeteilt worden sind. Auf französischer Seite würde man außerordentlich begrüßen, wenn sich der von ihnen schon lange begehrte Wunsch, einen erheblichen Teil dieser Schuldverschreibungen zu mobilisieren, baldigst verwirklichen würde. Ob man sich über die technische Bedeutung und Tragweite einer solchen Transaktion völlig im Klaren ist, bleibt dahingestellt.

Die Mobilisierung wäre natürlich ebenfalls nur in Amerika möglich. Nehmen wir einmal an, alle technischen, politischen und volkswirtschaftlichen Hindernisse eines solchen Planes wären beseitigt und der amerikanische Markt nähme diese Papiere auf. Dann müßte Deutschland den Zinsendienst garantieren und übernehmen. Hierfür wären rund 60—70 Millionen Goldmark jährlich aufzubringen. Ob die deutsche Wirtschaft hierzu überhaupt in der Lage wäre, ist sehr fraglich. Ob es von Deutschland Flug wäre, sich zu einem solchen Entgegenkommen im Interesse Frankreichs bereit zu erklären, soll hier (aus sehr naheliegenden Gründen) ebenfalls nicht geprüft werden. Jedenfalls liegen Zusicherungen, und zwar ganz bestimmte Zusagen vor, daß unter solchen Voraussetzungen die Frage einer vorzeitigen Rückzahlung in der 2. und 3. Zone akut würde. Wir beschränken uns heute nur auf den Hinweis, daß über all diese Fragen unabweisbar amtliche Protokolle vorhanden sind.

Die Franzosen würden natürlich schmerzlich die Faust in der Tasche halten, wenn ihnen in ihrer höchsten Not und Finanznotlage jetzt das „beflegte“ Deutschland zu Hilfe käme. Aber sie würden diese Hilfe nicht zurückweisen. Denn sonst würde ihnen Amerika in die Arme fallen.

Und damit sind wir wieder auf den Ausgangspunkt unserer Beobachtung zurückgekommen: die Abhängigkeit Frankreichs von Amerika.

Amerika schied sich an, Frankreich an die Bezahlung seiner Kriegsschulden zu gemahnen. Das ist sein gutes Recht. Amerika drängt darauf, daß endlich einmal Ordnung in die französischen Staatsfinanzen komme, daß gebrochen werde mit dem System, die Steuern auf dem Papier zu bemessen, aber nie zu bezahlen. Welcher Franzose zahlt denn überhaupt regelmäßig seine Steuern?

Mit den Fingerspitzen zu reifen —
Mit den Fäusten festhalten —
Mit dem Leben verteidigen,
So bringt man's zu was!

Paul v. Schönhan.

Die Bedeutung der deutschen Flotte im Weltkrieg.

Der englische Marineminister des Weltkrieges, Winston Churchill, hat unter dem Titel „Wettstreit in zwei Hälften die Geschichte des Seerrieges dargestellt. Verlag K. F. Koehler, Leipzig. In dem zweiten Bande ist im zweiten Kapitel „Auf der Suche nach einer Bekämpfungsmöglichkeit zur See“ von einem gewiß unvoreingenommenen Sachmann dargestellt, welche Bedeutung die deutsche Flotte für die Entwicklung des Krieges befaß. Churchill umschreibt zunächst den typisch britischen Standpunkt, indem er sagt, daß England die Pflicht hatte, die Flotte nur unter Bedingungen einzusetzen, die sichere Gewähr für den Sieg boten. Die englische Flotte konnte zwar Deutschland von der übrigen Welt abschneiden, die zweitwichtigste Aufgabe aber, die deutsche Flotte zum Kampfe gegen ihren Willen zu zwingen, nicht erreichen.

Am 19. August 1914 feste sich Churchill durch den russischen Militär- und Marineattaché in London mit dem Großfürsten Nikolaus in Verbindung, um ihm einen Plan für die russisch-englische Zusammenarbeit mit dem Ziele der englischen Seeherrschaft in der Ostsee anzu-erbreiten.

Die britische Admiralität kann aber die Seeherrschaft in der Ostsee erst ausüben, nachdem entweder eine große Seeschlacht entschieden gewonnen ist, oder der Kaiser-Wilhelm-Kanal effektiv blockiert ist. Die Erfüllung der ersten Bedingung hängt von dem Verhalten des Feindes ab, kann jedoch eines Tages eintreten. Die Blockierung des Kaiser-Wilhelm-Kanals ist eine schwierige Unternehmung, die durch einen An-griff auf die Brunnbütteler Salentenen verjagt werden kann und zwar entweder durch Luft-kräfte oder Zerstörer oder beide. Wenn sich günstige Gelegenheiten hierfür bieten, könnte

mit der Durchführung der Blockade ein Versuch gemacht werden.

Wenn wir die Seeherrschaft in der Ostsee besäßen, wäre es möglich, ein russisches Meer zu landen und zwar erstens zur Umgehung des Flugels und der Nachhut der deutschen Meere auf der Linie Danzig-Thorn und derjenigen, die den Hauptangriff des deutschen Heeres aus-halten müssen, zweitens zum Vormarsch auf Berlin von Norden her, in der Luftlinie eine Entfernung von nur neunzig Meilen, drit-tens um Kiel und den Kaiser-Wilhelm-Kanal anzugreifen und die deutsche Flotte in See zu bringen.

In der russischen Antwort vom 24. August wird anerkannt, daß die Erringung der britischen Seeherrschaft in der Ostsee ein höchst wert-voller Faktor für die Entwicklung der russischen Angriffsoperationen gegen Deutschland sein würde. Ausland machte bei grundsätzlicher An-nahme des Angebotes den praktischen Gebrauch von der allgemeinen militärischen Lage abhängig. Beim Eintritt Lord Fishers in die Admiralität wurde der Plan weiter gefördert, da Fisher die Erringung der Seeherrschaft in der Ostsee und den Einbruch russischer Truppen an Deutschlands ungezügelter Nordküste als einen tödlichen Schlag ansah. Churchill unter-schied in seinem Bericht an den Kriegsrat im Dezember drei Phasen des Seerrieges: erstens die Reinigung der Meere vom Feinde, zweitens die Einschließung der deutschen Flotte, drittens den Einbruch in die Ostsee. Die Durchbrechung der zweiten Phase bezeichnet Churchill als not-wendig für den Eintritt in die dritte Phase.

Churchill hebt dann im einzelnen auseinander, wie er bereits im Jahre 1907 bei der ersten Be-gangung mit Lord Fisher den Plan einer Blockierung der Insel Vorkum als vor-zugsweises Vorgehen betrachtete. Im Jahre 1913 — also ein Jahr vor Ausbruch des Krie-ges — wurde Admiral Batten, der als einer der fähigsten jüngeren Offiziere galt, beauftragt, die

Methoden zu prüfen, wie die Einnahme und Befestigung dieser Insel im Krisenfall durch-geführt werden könnte. Um die Answahl zu haben, wurde auch die Insel Solt genau be-trachtet und es wurden sehr genaue Abdrücke von den deutschen Fußmündungen und ihren vorgelagerten Inseln hergestellt. Bei Kriegs-ausbruch bestand keine Möglichkeit, auf die Pläne zurückzukommen, da wenigstens drei oder vier Infanteriebrigaden besser aktiver Truppen für die Durchführung des Sturmes auf eine der Inseln erforderlich waren, die Entzweiung dieser Truppen von der französischen Front aber unmöglich war.

Im November ließen Churchill und Lord Fisher den Admiralstab die Pläne Batts unter dem Gesichtswinkel einer Aktion zu gegebener Zeit 1915 überprüfen und am 7. Januar erklärte sich der Kriegsrat vorläufig mit der Durchfüh-rung der Unternehmung grundsätzlich einver-standen. Fisher als erster Seelord redete weiter-hin der Entscheidung der Ostsee das Wort und Churchill bemühte sich um die praktische Ver-wirklichung. Da wichen Admiralstab und na-menlich der Oberbefehlshaber — nach Churchills Angaben — immer mehr zurück, bis schließlich die Angelegenheit im Sande verlief.

Am 21. Dezember 1914 wandte sich Churchill nochmals an den ersten Seelord, indem er die Nachteile kleinerer Unternehmungen her-vorhob und erneut auf den Plan einer Er-schließung der Ostsee, der Forterruna des Kaiser-Wilhelm-Kanals und einer großen Seeschlacht zurückkam. Als erster praktischer Schritt auf dem Wege zur Verwirklichung dieser Ziele wurde Admiral Batten seines Kommandos als Chef des ersten Schlachtgeschwaders der Grand Fleet entlassen und ihm das Kommando des fünften Schlachtgeschwaders übertragen, das den Kern der kommenden Bombardierflotte bilden sollte. In einem Bericht Churchills an den Premierminister wird die Ueberzeugung aus-geäußert, daß bei der Stärke der kämpfenden Par-

teien im Westen eine entscheidende Verringerung für die Franzosen als unwahrscheinlich gelten müße und daß für England die Frage entschei-dend sei, wie es seine wachsende militärische Stärke aus-nutzen wolle.

Der Einfall in Schleswig-Vollstreckung, der notwendigerweise den Anschluß Däne-marks an die Alliierten bringen würde, wird wieder als die entscheidende Aktion bezeichnet. Churchill, den die Größe des Preises für das an sich schwierige Unternehmen lockte, bemühte sich während des Dezember 1914 und im Januar 1915 dauernd, den Plan zu fördern. Dem Plan, Fortum zu nehmen und in die Ostsee einzudringen, fand ein anderer gegenüber, nämlich die Niederwerfung der Zerstörer, um dadurch die Baltanstaaten zum Zer-sammenfall gegen die Zentralmächte zu ver-anlassen. Beiden Plänen lag der Gedanke zu-grunde, durch Umgehung des feindlichen Flugels des Krieges zu erreichen. Die Verwirklichung des zweiten Planes war nicht unmöglich, Schwierigkeiten und Gefahren weit geringer, da man nicht mit dem furchtbaren Widerstand Deutschlands zu Lande und zur See zu rechnen brauchte. Churchill schildert dann die einzelnen Stadien dieses Planes und hebt hervor, daß erst nach der Schlacht bei den Falkland-In-seln eine Entzweiung eintrat. Churchill bemerkt zusammenfassend: „Die Lage Ende 1914 war so, daß beide großen aemiglichen Un-ternehmungen von der Admiralität geprüft wurden, daß das für den Süden geplante seit November zurückgestellt war, weil man keine Meere für seine Durchführungen fand. Die für den Norden geplante Unternehmung ließ immer-erstere Schwierigkeiten erkennen, je eingehender man sich mit den Plänen befaßte.“

Es ließe die Bedeutung der deutschen Flotte nur vermindern, wenn man diesem Urteil Churchills und dem der maßgebenden englischen Marineoffiziere während des Krieges etwas Hin-zufügen wollte.

Die Rehrseite staatlicher Hilfsbereitschaft.

Man schreibt uns: Der Badische Landtag hat in der 22. Sitzung vom 18. Februar 1926 den Antrag der Abgeordneten und Gen. Bewilligung von Erbkommunions- und Konfirmationsbeiträgen an Kriegserkrankten usw. in der durch die Worte „und Erbkommunions- und Konfirmationsbeiträge“ erweiterten Fassung angenommen.

Schon die Selbstverwaltung, die Bezirksfürsorgeverbände, die nur an die Reichsgrundstücke oder Voraussetzungen, Art und Maß der Fürsorge gebunden sind, läßt eine derartige Einwirkung eigentlich nicht zu, ganz abgesehen davon, daß diese auch nicht nötig ist und, wenn sie alljährlich, wie der Antragsteller wünscht, ausgesetzt werden sollte, dazu führen wird, daß auf jede Selbsthilfe und Unterstützung von Verwandten bei diesen Anlässen verzichtet werden muß.

Man hat in den Jahren nach dem Kriege von der Hauptfürsorge für Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge aus der Sonderbeihilfe eingeführt, weil man den Kindern der Kriegsbeschädigten und der Kriegserkrankten und insbesondere den Kriegserkrankten zu Hilfe kommen wollte, um zu vermeiden, daß sie am Tage der Erbkommunion oder Konfirmation den Verlust des Vaters oder die schwere Beschädigung des Vaters auch äußerlich verspürten.

Man hat in den Jahren nach dem Kriege von der Hauptfürsorge für Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge aus der Sonderbeihilfe eingeführt, weil man den Kindern der Kriegsbeschädigten und der Kriegserkrankten und insbesondere den Kriegserkrankten zu Hilfe kommen wollte, um zu vermeiden, daß sie am Tage der Erbkommunion oder Konfirmation den Verlust des Vaters oder die schwere Beschädigung des Vaters auch äußerlich verspürten.

Man hat in den Jahren nach dem Kriege von der Hauptfürsorge für Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge aus der Sonderbeihilfe eingeführt, weil man den Kindern der Kriegsbeschädigten und der Kriegserkrankten und insbesondere den Kriegserkrankten zu Hilfe kommen wollte, um zu vermeiden, daß sie am Tage der Erbkommunion oder Konfirmation den Verlust des Vaters oder die schwere Beschädigung des Vaters auch äußerlich verspürten.

Man hat in den Jahren nach dem Kriege von der Hauptfürsorge für Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge aus der Sonderbeihilfe eingeführt, weil man den Kindern der Kriegsbeschädigten und der Kriegserkrankten und insbesondere den Kriegserkrankten zu Hilfe kommen wollte, um zu vermeiden, daß sie am Tage der Erbkommunion oder Konfirmation den Verlust des Vaters oder die schwere Beschädigung des Vaters auch äußerlich verspürten.

Man hat in den Jahren nach dem Kriege von der Hauptfürsorge für Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge aus der Sonderbeihilfe eingeführt, weil man den Kindern der Kriegsbeschädigten und der Kriegserkrankten und insbesondere den Kriegserkrankten zu Hilfe kommen wollte, um zu vermeiden, daß sie am Tage der Erbkommunion oder Konfirmation den Verlust des Vaters oder die schwere Beschädigung des Vaters auch äußerlich verspürten.

Der 31. März 1926 als Endtermin für Aufwertungsanträge.

Von Rechtsanwalt Dr. Arthur Weißbauer-Karlsruhe.

Der Ablauf des ersten Jahresquartals 1926 gibt Veranlassung, alle Hypotheken-Gläubiger und Schuldner auf den Ablauf folgender Aufwertungsanträge hinzuweisen: 1. Anträge auf vorzeitige Leistung des Aufwertungsbeitrages können nach dem 31. März 1926 nicht mehr gestellt werden, wenn das belastete Grundstück der Zwangswirtschaft (Reichsmietengesetz, Mieterchutzgesetz, Pachtgesetz) nicht unterliegt.

Voraussetzung ist dann gemäß § 27 Aufw.-G. ebenso wie für die bis Ende März 1926 befristeten Fälle, daß die wirtschaftliche Lage des Gläubigers eine solche Anordnung der Aufwertungsstelle dringend erfordert, und daß der Eigentümer des belasteten Grundstücks oder der persönliche Schuldner hierdurch keine erhebliche Erschwerung seiner wirtschaftlichen Lage erleidet.

Die Anträge auf Herabsetzung der Aufwertung um höchstens 10 Proz. des Goldmarkbetrages vom normalen, Prozentsatzigen Aufwertungsfuß auf 15 Proz. sind ebenfalls nur noch bis Ende dieses Monats möglich. Von diesem Termin werden nur Anträge bezüglich noch eingetragener, nicht zurückgezahlter Hypotheken und hypothekarisch gesicherter persönlicher Forderungen berührt.

Es muß noch einmal gesagt werden, daß die ganze Aktion im Landtag war nicht nötig, denn städtische und ländliche Bezirksfürsorgeverbände wußten schon von selbst, was sie zu tun hatten, aber wenn man aus gewissen Gründen die Aktion doch für nötig hielt, dann hätte man auch im Landtag sagen müssen, wie nun am Ende des Rechnungsjahres auch die Mittel für die großzügigere und weitherziger Sonderbeihilfe aufgebracht werden sollen.

Der Berichterstatter hat im Landtag hierzu erklärt: Mittel werden in dem Antrag nicht gefordert, sie sollen aus den Mitteln der geborenen Fürsorge genommen werden.

Es erscheint sehr fraglich, ob alle Abgeordnete, die dem Antrag nicht zugestimmt haben, sich völlig klar darüber waren, daß von jeder dieser Einzelbeihilfen das Land ein Drittel trägt, während zwei Drittel die Bezirksfürsorgeverbände aufzubringen haben.

Die Regierung hat mit Zahlen belegt, daß im Monat März 1925 fast doppelte Beträge gegenüber den anderen Monaten aufgewendet wurden, und daß dieser Mehraufwand aber gerade durch die Sonderbeihilfe für Minderjährige ausläßt der Erbkommunion und Konfirmation vermindert ist.

Handelt es sich dagegen um eine Aufwertung kraft Vorbehalt oder kraft Rückwirkung, d. h. Aufwertung in Fällen entwerteter Rückzahlungen, so genügt die Einreichung eines Einpruchs gegen die durch die Aufwertungsstelle angeordnete Annahme des Aufwertungsbeitrages. Ist ein solcher Einpruch rechtzeitig innerhalb der gesetzlich festgesetzten Frist von 3 Monaten ab Zustellung der Anmeldung eingelegt worden, so kann im Laufe des nachfolgenden Antragsverfahrens vom Schuldner noch geltend gemacht werden, ob er Entscheidung dahin begehrt, daß die Aufwertung überhaupt nicht, oder nur zum Teil, stattfinden habe.

Die größte praktische Bedeutung hat der Endtermin vom 31. März 1926 für die Anträge auf Herabsetzung der Aufwertung persönlicher Forderungen über 25 Proz. gemäß § 12 Aufw.-G. Die Aufwertungsstellen müssen noch vor Ablauf dieses Monats in allen den Fällen angegangen werden, wo bei aufwertenden Hypotheken solche persönliche Forderungen dem Grundbucheintrag zugrunde liegen, die gemäß § 10 Aufw.-G. der normalen, Prozentsatzigen Aufwertungsart zugehörig sind.

Die Anträge auf Herabsetzung der Aufwertung um höchstens 10 Proz. des Goldmarkbetrages vom normalen, Prozentsatzigen Aufwertungsfuß auf 15 Proz. sind ebenfalls nur noch bis Ende dieses Monats möglich. Von diesem Termin werden nur Anträge bezüglich noch eingetragener, nicht zurückgezahlter Hypotheken und hypothekarisch gesicherter persönlicher Forderungen berührt.

Man kann deutlich beweisen, daß die Bezirksfürsorgeverbände ihre Pflicht erfüllt haben? Vor wenigen Monaten ging durch die gesamte badische Presse eine Notiz, in welcher Weise der Aufwand für die Fürsorge in den größeren badischen Städten gegenüber 1914 angenommen hat, und es wurde im Anschluß an die ungeheure Steigerung dieses Aufwandes zur Sparsamkeit gemahnt.

Das gesunde Streben, das in der Selbsthilfe einer Familie und der Mithilfe ihrer Verwandten liegt, ein Umstand, der flüchtigerweise noch nicht aus dem Gefühl und dem Bewußtsein der weitesten Volkskreise geschwunden ist, wird durch solche Maßnahmen unterdrückt.

Die Ehen vor der Armenfürsorge sind moralisch nicht hoch genug zu bewerten. Warum will man unter Volk dazu erziehen, bei jedem Anlaß sich auf die Fürsorge zu verlassen und hierdurch den Aufwand für diese zu vermehren?

Die Selbstverwaltung der Bezirksfürsorgeverbände ist tatsächlich die beste Garantie dafür, daß das vernünftige Maß der Fürsorge auch hier eingehalten wird.

Der Sieg des Zentrums

Das Lehrerbildungs-gesetz in erster Lesung mit den Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokratie angenommen.

Das Zentrum wird den gestrigen Tag auf der glücklichen Seite seiner Geschichte buchen, es hat einen doppelten Sieg errungen: es ist endlich siegreich geblieben im Kampf gegen die alte, gute, badische Kulturpolitik und es ist siegreich geblieben im Kampf um die Seele der badischen Sozialdemokratie. Allerdings hat die Sozialdemokratie diesen Sieg nicht gerade erschwert. Herr Marum, der Mann mit der politischen Dynamit, hat sich vor die Schär seiner Genossen gestellt und hat im Takt mit Herrn Schofer kommandiert: ja, nein, ja, nein, ja, nein, wie es eben die politische Dynamit von Fall zu Fall erforderte.

Das Dupend Anträge, die von der Opposition zu den beiden §§ 44 und 45 gestellt waren, wurden gehoriam auf Kommando des Herrn Schofer und seines Unterführers, Herrn Marum, zurückgewiesen. Und so konnte gestern mittag gegen 11 Uhr der Präsident als Schlusergebnis verkünden:

Das Gesetz über die Lehrerbildung ist in erster Lesung mit 41 gegen 25 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen.

Dafür gestimmt haben Zentrum und Sozialdemokratie, dagegen die Volkspartei, Demokraten, Kommunisten und Bürgerliche Vereinigung, von dieser Partei haben sich jedoch die beiden Abgeordneten An und Hermann der Abstimmung enthalten. Die Regierungsparteien hatten beantragt, das Gesetz sofort in zweiter Beratung zu erledigen und von der Innehaltung der achtstägigen Frist, die nach § 49 der Verfassung zwischen erster und zweiter Lesung liegen muß, abzusehen.

Bei der Abstimmung ist es in drei Fällen auf Forderung der Antragsteller zur namentlichen Abstimmung gekommen. Durch Namensaufruf wurde abgestimmt:

1. über den Antrag der Volkspartei und der Demokraten, in den Paragraph 44 folgenden Satz einzufügen: „Die Lehrerbildungsanstalten sind grundsätzlich simultan.“

2. über den völksparteilich-demokratischen Antrag, in Paragraph 44 folgenden Satz zu streichen: „Zur Prüfung an den Lehrerbildungsanstalten sind auch solche Bewerber zugelassen, die auf einem anderen als den in Absatz 1 bezeichneten Weg (d. h. also auf nicht-staatlichen Anstalten, die (Red.) sich ihre Ausbildung angeeignet haben.“

3. über den Antrag, der von Volkspartei und Demokraten und gleichzeitig auch von der Bürgerlichen Vereinigung ausging, das Abiturium als Vorbedingung für den Eintritt in die Lehrerbildungsanstalten zu bestimmen.

Die namentliche Abstimmung ergab in allen drei Fällen ebenso Ablehnung, wie bei allen übrigen Anträgen.

Im übrigen ist über den gestrigen Verlauf der Sitzung nicht mehr viel zu sagen. Der Abg. Glodner hat noch einmal in seiner ihm eigenen gewissenhaften und sorgfältigen Art nachgedacht, daß wir in Baden bisher weder rechtlich noch tatsächlich konfessionelle Lehrerseminare hatten. Er verteidigte seine Partei noch einmal dagegen, daß man ihr den Nichtertritt in die Regierung zum Vorwurf mache. Die Ablehnung des Lehrerbildungsgesetzes haben die Verhandlungen über die Regierungsbildung vor den Augen der Öffentlichkeit voll gerechtfertigt. Der Unterrichtsminister hat noch einmal das Wort ergriffen, Herr Schmittbühner von der Bürgerlichen Vereinigung kennzeichnete noch einmal den Standpunkt seiner Partei, dann war Schluss mit der allgemeinen Aussprache und es begann das Ja- und Neinenspiel.

Kleiderstoffe zu außerordentlich billigen Preisen. Popeline 85/105 cm breit . . . 2.50, 3.25, 3.75, 4.25 Rips 130 cm breit, neueste Farben 6.90, 7.50, 9.75, 12.50 Schotten 85/105 cm breit, 1.25, 1.75, 2.75, 3. —, 3.90 W. Boländer

Min.-Flügel kaum gespielt, vorzüglich erhalten, sehr preiswert zu verkaufen. 5 Jahre Garantie. L. Schweisgut Erbprinzenstraße 4 beim Rondellplatz

4 Tropfen Schnell Hell genügen, ein Fenster ohne Wasser und ohne Leder in 2 Minuten spiegelblank zu putzen. Ein Kännchen ca. 1/2 Ltr. Inhalt 80 Pfg. in Drogerien und einschlägigen Geschäften erhältlich. - Verlangen Sie Gratisprobe -

WELT-KINO KAISERSTRASSE 133 Ab heute bis einschließlich Montag das große Doppelschlagprogramm I. Das rote Signal Die Geschichte eines einsamen Schienenstranges in 7 Akt. II. Auf vielseitigen Wunsch nochmals als 2. Schlag Der Sporkönig von Mexiko Tolle Sensationsgroteske in 5 Akten mit Richard Ta- madge, dem besten Springer der Welt Jugendliche haben keinen Zutritt

Dr. Thompson's Seifenpulver wird beim Waschen nur Dr. Thompson's Seifenpulver verwenden. Es macht die Wäsche blendend weiß, hinterläßt einen frischen zarten Duft, enthält keine schädlichen Bestandteile und ist billig und sparsam im Gebrauch

